



15. Stadtratsprotokoll / 15^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 17. September 2020, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 17 septembre 2020 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès de Bienne, Salle de concert

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechele Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Gerber Andreas, Leuenberger Bernhard, Paronitti Maurice, Scherrer Martin, Strässler Thomas, Zimmermann Erwin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

145. Überparteiliche Fraktionserklärung der SP/JUSO, PSR, Einfach libres, Grüne	457
146. Dringliche Interpellation 20190456, Bohnenblust Peter, FDP, «Entwicklung Parkplatzbestand auf öffentlichem Grund (und Einnahmen)»	457
147. Postulat 20190347, Külling Urs, Fraktion SP/JUSO, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Rechtsabbieger am Neumarkt»	458
148. Überparteiliches Postulat 20190346, Sprenger Titus, Passerelle, Bord Pascal, PRR, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, «Publikation amtlicher Bekanntmachungen in digitaler und erweiterter Form»	460
149. Postulat 20190379, Ogi Pierre, PSR, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Eisplanade»	462
150. Dringliches Postulat 20190453, Koller Levin, JUSO, «Hat die Projektgesellschaft die Forderung des Bieler Stadtrates umgesetzt?»	463
151. Dringliche überparteiliche Interpellation 20190454, Scheuss Urs, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Levin Koller, JUSO, «AGGLOlac: Wie stellt der Gemeinderat eine faire Abstimmungskampagne sicher?»	464
152. Interpellation 20190386, Ogi Pierre, Fraktion PSR, «Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit (2)»	466
153. Überparteiliche Interpellation 20190350, Bord Pascal, PRR, Grupp Christoph, Grüne, Sprenger Titus, Passerelle, «Wird die Stadt nochmals ein Debakel wie beim Verkauf vom Victorinox-Gebäude erleben oder welche Massnahmen werden ergriffen, um es zu verhindern?»	468
154. Motion 20190337, Frank Lena, Grüne, «Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen»	468
155. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200287, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Mangel an (französischsprachigen) Fachärzten: der Gemeinderat muss einschreiten!»	471
156. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200289, Wächter Olivier, SVP «Provisorischer Durchgangszug für Schweizer Fahrende in Biel»	471
157. Überparteiliches Postulat 20190429, Gugger Reto, BDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Weniger gedruckte Unterlagen bei Wahlen und Abstimmungen»	472
158. Interpellation 20190351, GPK, «Schnittstellenmanagement zwischen der Abteilung Liegenschaften und den Direktionen»	473
159. Postulat 20190344, Gugger Reto, BDP, Schor Alfred, EDU, «Helfen kennt kein Mindestalter»	474
160. Interpellation 20190349, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «E-Trottinette in Biel?»	474
161. Dringliche Motion 20200021, Frank Lena, Fraktion Grüne, «Photovoltaik in der baurechtlichen Grundordnung verankern»	474
162. Dringliches Postulat 20200022, Rochat Julien, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Biel einschränken»	476
163. Überparteiliche Motion 20190376, Epper Bettina, Grüne, Strobel Salome, SP, «Antennenreglement für die Stadt Biel»	478

164. Überparteiliche Motion 20190375, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Briechle Dennis, GLP, Widmer Patrick, SVP, Tanner Anna, SP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Rebetez Maurice, PSR, Bord Pascal, PRR, «Deklaration der Beteiligungen und Vertretungen der Stadt»	480
165. Überparteiliche Motion 20190377, Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Scheuss Urs, Fraktion Grüne, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!, «Umsetzung Verkehrsschulungsanlage»	482
166. Motion 20190378, Bigler Jarno, Fraktion SP/JUSO, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept»	484
167. Motion 20190426, Miro Meyer, Levin Koller, JUSO, «Den Standort des Chessus mit einem Reglement langfristig sichern»	484
• Ordnungsantrag	489
168. Neueingänge	490

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Heute Abend liegt eine Fraktionserklärung vor. Dafür übergebe ich das Wort an Frau Tanner.

145. Überparteiliche Fraktionserklärung der SP/JUSO, PSR, Einfach libres, Grüne

Tanner Anna, SP: Ich beginne mit einem Dank. Der Gemeinderat hat kommuniziert, dass er CHF 20'000 der Hilfsorganisation «Médecins sans frontières» spenden und endlich zusammen mit Bund und Kanton abklären will, wie die Gesetzgebung so angepasst werden kann, dass einzelne Städte Menschen auf der Flucht aufnehmen können. Was musste alles passieren bis zu diesen Schritt? Mehrere parlamentarische Vorstösse und deren hartnäckige Fristverlängerung in regelmässigen Abständen und ein Brand im Flüchtlingslager in Moria waren notwendig. 12'000 Menschen leben nun ohne Versorgung auf der Strasse. Humanitäre Hilfe wird im Moment nicht zugelassen. Die neuen Lager werden von der Öffentlichkeit abgeschlossen und Demonstrationen sind verboten. Die 8 grössten Schweizer Städte sind bereit, Menschen aufzunehmen. Biel schliesst sich dabei endlich an. Dies erhöht die Möglichkeit, mehr Menschen aufzunehmen als die vom Bundesrat vorgeschlagenen 20 unbegleiteten Minderjährigen was sich wie ein zynischer Witz anhört. Viel wichtiger als die Geldspende des Gemeinderats sind deshalb die Verhandlungen zusammen mit anderen Städten und Vertretungen von Bund und Kanton. Wir hoffen sehr, dass diese Verhandlungen bald Früchte tragen und der Stadtrat über den Verlauf informiert wird. Wir sind bereit, wo immer möglich mitzuhelfen.

146. Dringliche Interpellation 20190456, Bohnenblust Peter, FDP, «Entwicklung Parkplatzbestand auf öffentlichem Grund (und Einnahmen)»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Bohnenblust Peter, FDP: Die Traktandenliste heute Abend ist lang, ich versuche mich deshalb kurz zu halten. Warum bin ich von der Antwort nicht befriedigt? Die fehlende Erhebung der Anzahl Parkplätze auf öffentlichem Grund zeigt einmal mehr, dass für den Gemeinderat und insbesondere auch für die Stadtverwaltung der motorisierte Individualverkehr (MIV) von untergeordneter Bedeutung ist. Ich wiederhole mein Anliegen, dass in der Stadtverwaltung eine Koordinationsstelle für die Bedürfnisse des MIV fehlt. Beispielsweise fehlten nach der Eröffnung des A5-Ostasts fast ein Jahr lang die Wegweiser. Zu erwähnen ist auch das nicht funktionierende Parkleitsystem.

Scheuss Urs, Grüne: Ich bedaure, dass Kollege Bohnenblust in seinen Äusserungen nicht auf den Inhalt der Antwort des Gemeinderats eingegangen ist. Der Gemeinderat listet darin unter anderem die Einnahmen aus den Parkgebühren auf. Interessant ist, dass die Einnahmen über längere Zeit hinweg konstant geblieben sind, woraus sich auf eine gleich hoch bleibende Nachfrage schliessen lässt. Die Anzahl der Parkplätze

in der Stadt hat zugenommen. Hinzu kamen die Parkhäuser wogegen Parkplätze an der Oberfläche in geringerem Ausmass aufgehoben wurden, was zu einem Angebotsüberhang führte. In den Parkhäusern stehen viele Plätze leer. Angebot und Nachfrage sollten übereinstimmen denn ein Überangebot verursacht Kosten. Über einhundert Oberflächenparkplätze könnten aufgehoben und einer sinnvolleren, der Lebensqualität in der Stadt dienlicheren Nutzung zugewiesen werden. Das Parkierungsreglement der Stadt Biel (Reglement über die Bewirtschaftung, Finanzierung und Erstellung öffentlicher Parkierungsanlagen; SGR 7.7-1) hätte dies eigentlich zum Ziel. Zur Umsetzung der Gesamtmobilitätsstrategie sollten die Zahlen zum Parkieren dann vorliegen.

147. Postulat 20190347, Külling Urs, Fraktion SP/JUSO, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Rechtsabbieger am Neumarkt»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Külling Urs, Fraktion SP/JUSO: Die geplante Aufhebung des Rechtsabbiegens an der Lichtsignalanlage am Neumarktplatz wurde seinerzeit abgelehnt. Während den Sanierungsarbeiten auf dem Neumarktplatz war das Rechtsabbiegen nicht möglich, was keine grösseren Einschränkungen nach sich zog. Die Postulanten begrüßen den Antrag des Gemeinderats, den Vorstoss erheblich erklären zu lassen und hoffen, dass bei der anstehenden Umgestaltung des Neumarktplatzes das Rechtsabbiegen aufgehoben wird. Bei der Neugestaltung könnte anstelle der jetzigen Kreuzung Kreisverkehr vorgesehen werden, dieser erlaubt schliesslich ein Abbiegen in alle Richtungen. Wir hoffen, dass eine zukünftige Planung zur Neugestaltung nicht wieder an der Aufhebung des Rechtsabbiegens scheitert.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: En prenant compte des mesures de circulation catastrophiques mises en place par la Ville de Bienne, le mobbing continué contre les automobilistes ou plutôt les véhicules individuels à moteur, le Groupe UDC/Les Confédérés souhaiterait rendre plus attractive la place du Marché-Neuf en lui rendant ses places de stationnement de longues durées et bon marché afin de renforcer ainsi l'utilisation de son potentiel urbain. Comme l'UDC, contrairement à d'autres partis, ne cherche pas à chicaner les automobilistes et elle soutient depuis longtemps les commerces locaux, il est dès lors fort logique à nos yeux de rejeter ce postulat contrairement à l'avis du Conseil municipal et celui du postulant. Nous vous invitons à en faire de même.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Aufhebung des Rechtsabbiegens wurde seinerzeit aus Kostengründen abgelehnt. Das Anliegen des vorliegenden Postulats ist nicht kohärent. Einerseits geht es um das Rechtsabbiegen und andererseits um die Gestaltung des Neumarktplatzes.

Francescutto Luca, UDC: Monsieur X, propriétaire d'une PME biennoise en a plus que marre de la politique du Département des travaux publics. Ses employés n'en peuvent plus de perdre les nerfs et leur énergie en se démêlant dans le trafic biennois.

Certes, l'ouverture de la Branche est a porté ses fruits et pendant quelques mois, tous pensaient qu'ils pourraient enfin circuler en ville de manière fluide. Mais non, sous le coup de mesures anti-circulation, le Département des travaux publics s'est amusé à barrer, interdire, rétrécir des axes de circulation principaux. Je vais vous conter une petite histoire d'un employé biennois: *«Monsieur X circulant le long de la rue Dufour depuis l'Omega arrive à la place du Marché-Neuf. Il circule non pas par aversion de la bicyclette ou par fainéantise mais par besoin au volant de son véhicule de livraison. Monsieur X, patron d'une PME biennoise, offre ses services à la population biennoise dans le domaine des sanitaires. Ce jour-là, il doit se rendre à la Place Centrale. Or, ce dernier remarque qu'il a oublié un outil essentiel. Pas grave se dit-il, je vais retourner au dépôt qui se trouve à Boujean. Arrivé à la bifurcation rue du Canal-rue du Marché-Neuf, il remarque qu'il est désormais interdit de bifurquer à droite. Il s'engage alors sur la voie de présélection à gauche en direction du Pont-du-Moulin, attend au feu, au passage piéton puis il circule jusqu'au giratoire rue Centrale et fait demi-tour. Il revient le long de la rue du Canal, s'arrête au feu, laisse passer des piétons, rue Franche, route de Boujean, etc. Il vient de perdre 15 minutes.»* Je vous rappelle qu'il travaille et a besoin de son véhicule pour gagner sa vie. Il se moque des zones de rencontre et de celles à 30 km/h. Il se voit mal transporter une machine à laver le linge sur le porte-bagage de sa bicyclette. Voilà l'histoire simple d'un patron de PME biennoise qui, plus le temps passe, en a marre de cette politique idéologiste qui consiste par tous les moyens à bloquer le Centre-Ville. Je vous demande à quoi cela va servir d'interdire de bifurquer à droite car cela engendre des trajets plus longs, plus polluants et plus compliqués. Notre Ville a besoin d'un réseau de circulation adéquat qui permet aux gens qui en ont besoin de pouvoir circuler de manière correcte. Le Parti socialiste n'est-il pas le parti des travailleurs, celui qui défend la cause des ouvriers? Certes, à l'époque vous défendiez à juste titre les employés qui souffraient de leur dur labeur mais je me permets de douter, aujourd'hui, de votre réelle motivation politique. Comme mentionné hier par mon collègue, ce n'est pas «Petzi à bicyclette en Birkenstock» qui va permettre à la Ville de se développer. Comme déjà mentionné par mon collègue, le Groupe UDC/Les Confédérés propose de rejeter ce postulat.

Rindlisbacher Hugo, Die Eidgenossen: Beim Durchlesen der vorliegenden Beantwortung des Gemeinderats erinnerte ich mich an meine erste Volksabstimmung. Ich fragte meinen Vater, ob er mich zum Abstimmungslokal begleiten würde. Er antwortete, dass er nicht mehr abstimmen würde weil die ja sowieso machen was sie wollen. Im vorliegenden Fall ist das in der Tat so. Jetzt soll eine Regelung im Widerspruch zum Resultat einer Volksabstimmung eingeführt werden. Das demokratische Verhältnis ist nicht gegeben ausserdem wird die Stimmbeteiligung mit einem derartigen Vorgehen bestimmt nicht angehoben.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um ein Postulat mit einem Prüfauftrag. Der Gemeinderat wird das Anliegen prüfen. Der Abstimmungsentscheid wird damit nicht aufgehoben. Im Zusammenhang mit der Planung der Neugestaltung des Neumarktplatzes sollen alle Möglichkeiten ohne Tabus geprüft werden. Die Aufhebung des Rechtsabbiegens würde mehr Platz schaffen für die Installation des Lunaparks. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, das Postulat nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird erheblich erklärt.

148. Überparteiliches Postulat 20190346, Sprenger Titus, Passerelle, Bord Pascal, PRR, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Heiniger Peter, PdA, «Publikation amtlicher Bekanntmachungen in digitaler und erweiterter Form»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Sprenger Titus, Passerelle: Als Anwohner geplanter Bauvorhaben aber auch als ehemaliger Präsident des Quartierleists Zukunft ist mir die Einsichtnahme der Baugesuchsunterlagen bei der Stadtverwaltung im Kontrollgebäude bestens bekannt. Dabei habe ich einiges gelernt. Bereits der Titel der Eingabe beispielsweise wird nicht geprüft sondern aus dem Gesuch übernommen. So kann der "Einbau eines Dachfensters" durchaus weit mehr beinhalten. Gewissheit darüber gewinnt nur derjenige, der die Unterlagen im Detail anschaut. Gelernt habe ich aber auch, dass die öffentliche Auflage nicht vollständig sein muss. Zu den oftmals umfangreichen Dossiers gibt es kein Inhaltsverzeichnis, an welchem die Vollständigkeit der Unterlagen überprüft werden könnte. Die vorhandenen Dokumente befinden sich in einer beliebigen Reihenfolge, fehlende Unterlagen lassen sich nicht ohne weiteres feststellen. Das Einspracherecht wahrzunehmen ist unter diesen Voraussetzungen schwierig. Schliesslich habe ich auch gelernt, dass ich am Besten über flexible Arbeitszeiten und/oder einen nahe gelegenen Arbeitsplatz verfügen sollte. Die jeweiligen Unterlagen sind zwischen 8 Uhr und 11.45 Uhr und zwischen 14 Uhr und 16 Uhr einsehbar. Wer auswärts oder zu festen Zeiten arbeitet, hat kaum die Möglichkeit die Unterlagen einzusehen. Die Öffnungszeiten erschweren die Ausübung der Rechte. Eine Online-Publikation sämtlicher Unterlagen zu Baugesuchen würde eine Lösung bieten. Schliesslich gehört die Digitalisierung der Dienstleistungen zu den Schwerpunkten der gemeinderätlichen Politik. Zugleich würde damit ein kleiner Beitrag für die Umwelt geleistet und der Verkehr entlastet. In Zeiten von Corona, in denen unnötige Kontakte vermieden werden sollten, wäre die digitale Publikation hilfreich. Die Erwähnung des Gemeinderats, dass spezifische Dokumente verlinkt werden könnten, gibt nur Antwort auf eine, sicherlich wichtige, technische Anforderung. Für eine Online-Publikation braucht es jedoch einiges mehr. Reichen die rechtlichen Grundlagen dafür aus? Bestehen datenschutzrechtliche Bedenken und falls ja, wie können diese gelöst werden? Wie hoch ist der Anteil der Unterlagen welche bereits digital vorliegen und wie ist mit analog vorhandenen Baugesuchsunterlagen umzugehen? Wie gelangen die bereits heute intern digital gespeicherten Dokumente auf einen öffentlich zugänglichen Webserver? Welche Arbeitsprozesse werden mit einer Online-Publikation erleichtert oder erschwert und wer würde davon profitieren oder belastet? Die Aufzählung ist nicht

vollständig, zeigt aber auf, was zu prüfen wäre. Dabei habe ich nur von den Baugesuchen gesprochen und nicht von den anderen Publikationen im Amtsanzeiger. Vor diesem Hintergrund beantrage ich, **das Postulat erheblich zu erklären aber nicht abzuschreiben.**

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Sprenger, Sie haben Ihren Vorstoss zu einer allgemeinen Frage eingereicht und haben sich jetzt spezifisch zu Baugesuchen geäussert. Entsprechend werde ich Ihre Ausführungen einerseits zu den Baugesuchen und andererseits zu den generellen Überlegungen beantworten.

Bei den Baugesuchen entwickelt der Kanton im Moment das Projekt «eBau», welches die Grundlage zur Digitalisierung der Baugesuche im ganzen Kanton darstellt. Der Gemeinderat wird dazu keine separate und aufwändige Lösung anbieten. Pilotgemeinden im Kanton testen bereits das Projekt «eBau». In Zukunft werden die Baugesuche im Kanton Bern digital eingereicht und auch digital zur Verfügung gestellt. Baugesuche zu lesen bleibt jedoch weiterhin nicht ganz einfach. Oft müssen sie in einen grösseren Kontext gestellt werden. Der Service vor Ort mit den netten Mitarbeitenden ist deshalb durchaus sinnvoll. Sie haben erwähnt, dass es schwierig ist, sich durch die Dokumente zu kämpfen. Umgekehrt haben Sie am Schalter jedoch die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Digital wird das nicht mehr möglich sein. Eine Hotline für Fragen wird nicht zu Verfügung gestellt. Ob das Ganze dann wirklich einfacher ist, wird sich zeigen. Die Vereinheitlichung ist jedoch sicherlich von Vorteil. Schweizweit läuft beispielsweise das Projekt «eUmzug». Damit soll der Wohnortswechsel digital ermöglicht werden und zwar einheitlich in der ganzen Schweiz. Nach Ihrem Dialekt zu schliessen Herr Sprenger, sind Sie auch einmal von anderswo her in den Kanton Bern umgezogen. Für jeden Kanton bei einem Wohnortswechsel eine andere Lösung zu entwickeln, wäre nicht sinnvoll.

Der Kanton Bern hat momentan zwei Gesetzesrevisionen in der Vernehmlassung. Die Anpassung beim kantonalen Gemeindegesetz (BSG 170.11) soll die digitale Anzeige erlauben. Heute ist dies nicht zulässig. Eine einheitliche Plattform zur Verfügung gestellt vom Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) soll in Zukunft schweizweit die digitale amtliche Publikation ermöglichen. Der Kanton Bern wünscht allerdings, dass zwischen der digitalen und Papierversion ausgewählt werden kann. Der Gemeindeverband und auch die Stadt Biel haben sich in ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung jedoch für eine sowohl als auch Möglichkeit ausgesprochen. Im Amtsanzeiger werden schliesslich auch weitere offizielle Mitteilungen ohne rechtlich zwingenden Fristenlauf publiziert. Auf der Plattform vom Seco sollen jedoch nur Anzeigen mit offiziellem gesetzlichen Fristenlauf publiziert werden. Dies reicht jedoch für die Kommunikation zwischen Stadt und BürgerInnen nicht aus. Im Gegensatz zur Plattform des Seco präsentiert sich im Amtsanzeiger auch das lokale Gewerbe.

Der zweite neue Erlass betrifft das Gesetz über die digitale Verwaltung im Kanton Bern. In Zukunft soll für die öffentliche Verwaltung im Kanton der Grundsatz «digital first» gelten. Der Gemeinderat hat diesem Prinzip in seiner Stellungnahme zur Vernehmlassung grundsätzlich zugestimmt. Für Unternehmen mag dies gehen bei Privatpersonen jedoch wird die Durchsetzung schwieriger. Gewisse Leute können und wollen nicht digital unterwegs sein. Probleme bestehen ausserdem im Bereich der elektronischen Signatur. Die digitale Entwicklung läuft kontinuierlich und ist eine Daueraufgabe, welche sowieso weiterverfolgt wird. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag

des Gemeinderats zu folgen, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Sprenger Titus, Passerelle: Ich begrüsse die Weiterentwicklung zur Digitalisierung wie soeben gehört. Ich fordere jedoch die Aufrechterhaltung des Prüfauftrags. Gerade weil soviel im Fluss ist, soll der Gemeinderat in zwei Jahren einen Prüfbericht vorlegen. Bei einer Daueraufgabe ist es schliesslich nicht schlecht, hin und wieder über den Stand zu informieren.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

149. Postulat 20190379, Ogi Pierre, PSR, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Eisplanade»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Ogi Pierre, PSR: La première édition de Eisplanade a eu un succès au-delà des frontières de la commune. La population biennoise était enchantée de ce projet. L'effet positif sur la Ville de Bienne a été incroyable. C'était simplement formidable. J'aimerais que ce succès puisse continuer mais malheureusement l'argent manque. L'année passée, Eisplanade a eu lieu avec un financement réduit et c'était bien. Toutefois, à mon avis ce n'était pas assez bien car il manque de l'argent. Je suis tout de même satisfait de la réponse du Conseil municipal et je suis sûr qu'il va financer cela comme il se doit. Je cède la parole à mon camarade, Maurice Rebetez, qui est impliqué à la survie de cette manifestation et je pense qu'il pourra mieux développer le sujet que moi.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Vous connaissez certainement mon attachement et mon implication dans ce projet. J'y ai travaillé bénévolement à la caisse durant la saison passée et je me réjouis si la pérennité de cette patinoire en plein air peut être garantie. En préambule, le Groupe PSR s'est tout de même étonné que la motion déposée par Monsieur Ogi le 23 octobre 2019 soit traitée un jour avant le postulat interpartis «Bienvenue au Paradice» du moment que la demande était la même. Finalement, avec un peu de recul, c'est peut-être une excellente piqure de rappel. Ceci étant dit, le PSR a pris connaissance de la réponse du Conseil municipal et souhaite ardemment que l'aide accordée aux organisateurs de cet événement, devenu quasi incontournable, se poursuive malgré tous les soucis financiers que nous connaissons et qui n'iront certainement pas en s'améliorant ces prochains temps. Les mesures sanitaires actuelles et l'incertitude liée au rassemblement d'un grand nombre

de personnes ne doivent en aucun cas mettre en péril ce projet. En effet, Paradice 2020/21 est déjà en préparation. Son ouverture est programmée pour le 20 novembre. Soyons optimiste, il est vraiment temps de s'investir pour garantir la poursuite de cette entreprise. Je ne vais donc pas rappeler tous les points que j'avais répertoriés au terme de la précédente édition mais je tiens juste à préciser que Paradice, tout comme le projet Eisplanade, a contribué dans une large mesure à faire connaître Bienne autrement. Bienne est devenue, le temps d'un troisième hiver consécutif, un endroit accueillant, sympathique, dynamique, qui a été relevé et envié loin à la ronde dans bon nombre de médias du pays. Parler de Bienne en positif, voilà un fait non négligeable qui contribue au renforcement de son attractivité, qui nous est si chère. Paradice, l'incontournable rendez-vous hivernal pour être bien ensemble et il est donc évident que le Groupe PSR réitère la demande de soutien financier de la Ville. Je vous remercie d'avance pour votre attention et votre soutien.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich beantworte zuerst die Frage der Fristen. Im Gegensatz zum vorliegenden Postulat, wurde der von Herrn Rebetez erwähnte Vorstoss 20190374 «Welcome to Paradice!» als dringliches Postulat eingereicht. Im vorliegenden Vorstoss geht es um die kommende Wintersaison 2020/2021. Budgetiert ist derselbe Unterstützungsbeitrag wie bisher, nämlich CHF 40'000. Die Veranstalter sind darüber informiert. Der von den beiden Rednern erwähnte Mehrwert einer Durchführung für die Stadt Biel ist unbestritten. Der Gemeinderat schlägt deshalb dem Stadtrat vor, die Unterstützung wie bis anhin zu leisten. Eine Durchführung scheint aufgrund der heutigen Pandemiesituation unter Einhaltung von Pandemie-Schutzmassnahmen möglich.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

150. Dringliches Postulat 20190453, Koller Levin, JUSO, «Hat die Projektgesellschaft die Forderung des Bieler Stadtrates umgesetzt?»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Koller Levin, JUSO: Der Stadtrat hat seinerzeit gefordert, dass der Perimeter im Besitz der Stadt Biel für das Projekt AGGLOlac im Baurecht abgegeben werden soll. Aus der Antwort des Gemeinderats wird ersichtlich, dass er die Forderung nicht vollständig umgesetzt hat. Nach wie vor sollen 25% des Bieler Landes und zwar der wertvollste Teil, an den Investor, Mobimo AG verscherbelt werden. Auch wenn der Gemeinderat in seiner Antwort etwas anderes behauptet, hat er den Auftrag des Stadtrats nicht erfüllt. Dass weiterhin Land privatisiert werden soll ist einer der Gründe warum die JUSO das Projekt AGGLOlac hier im Stadtrat aber auch an der Urne bekämpft. Mit der Abschreibung des Postulats sind wir einverstanden.

Augsburger-Brom Dana, SP: Der Gemeinderat hat zwar alle Fragen beantwortet aber gutheissen kann ich seine Ausführungen nicht. Das Postulat nicht abzuschreiben bringt aber auch nichts. In der Beantwortung fehlt beispielsweise ein Plan um welche

Parzellen genau es sich handelt. Welche Parzellen sollen im Baurecht abgegeben werden und welcher Teil soll verkauft werden? Höchstens eine der Fragen wurde vollständig beantwortet.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Frau Augsburg, Ihre Bemerkungen stimmen nicht. Der Beantwortung liegt eine Abbildung der verschiedenen Flächen und ihrem Verwendungszweck bei. Zu jeder Parzellennummer ist die zukünftige Widmung angegeben. Ich habe Herrn Koller so verstanden, dass er jetzt der politischen Diskussion zum Projekt AGGLOlac nicht vorgreifen will. Ich weise Sie darauf hin, dass der Gemeinderat die Forderung des Stadtrats nach Abgabe des Landes im Baurecht bei Nidau und Mobimo angemeldet und grundsätzlich auch erfüllt hat. Die Projektplanung sieht vor, dass das gesamte öffentlich zugängliche Land beim Gemeindeverband bleibt und damit den BielerInnen die Einflussnahme zur Gestaltung ermöglicht. Heute existiert ein Nidauer und ein Bieler Teil. Im Gemeindeverband kann Einfluss auf den gesamten Perimeter genommen werden. Die geplante Gestaltung wird in der Debatte zu AGGLOlac diskutiert und darauf freue ich mich schon.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Forderung des Stadtrats nach Abgabe des Landes ausschliesslich im Baurecht wurde klar nicht erfüllt. Die Ausführungen des Stadtpräsidenten stimmen nicht. Es erstaunt nicht, dass aufgrund solcher Äusserungen das gesamte Projekt kritisiert wird. Ich bin überzeugt, dass die Verhandlungen des Gemeinderats mit Mobimo nicht einfach waren und er sich bemüht hat, die Forderung des Stadtrats zu erfüllen. Der Gemeinderat hat jedoch nicht die Kompetenz eine Vereinbarung im Widerspruch zu einem Stadtratsentscheid einzugehen.

Arnold Marc, SP: Mit Schrecken und bestürzt stelle ich fest, dass das Bieler Strandbad dem Projekt AGGLOlac geopfert werden soll. Grosse Flächen sollen dem in der Schweiz einzigartigen Strandbad entzogen werden.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es geht in der laufenden Diskussion ausschliesslich um das vorliegende Postulat.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

151. Dringliche überparteiliche Interpellation 20190454, Scheuss Urs, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Levin Koller, JUSO, «AGGLOlac: Wie stellt der Gemeinderat eine faire Abstimmungskampagne sicher?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Scheuss Urs, Grüne: Die InterpellantInnen stellten dem Gemeinderat Fragen zum politischen Engagement von Mobimo als Projektpartnerin. Es geht vor allem um die Frage von deren Einflussnahme auf die Abstimmung. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass ihm darüber nichts bekannt ist. Er sieht sich auch nicht veranlasst allenfalls zu intervenieren. Ausserdem weist er darauf hin, dass er auf die Kampagne von Privaten keinen Einfluss nehmen darf. Mobimo ist in dieser Sache jedoch Partnerin

in einem Projekt, welches das öffentliche Interesse stark tangiert. Ausserdem ist sie ein finanzstarker Investor mit einem sehr grossen Profitinteresse. Das Bauvorhaben bewegt sich in der Grössenordnung von CHF 0,5 Mia. Eine Abstimmungskampagne in der Stadt Biel kostet ungefähr CHF 10'000 bis CHF 30'000. Für ein Unternehmen mit einem Jahresgewinn von bis zu CHF 100 Mio. ist auch eine aufwändigere Kampagne keine besonders grosse Belastung. Die Wahrscheinlichkeit eines Ungleichgewichts der verschiedenen InteressenvertreterInnen in der Abstimmungskampagne ist daher sehr gross. Der Auftritt eines finanzstarken Akteurs zeigt die Verletzlichkeit der Demokratie. Der Gemeinderat ist zusammen mit der Mobimo AG in der Projektgesellschaft und sollte darauf hinweisen, dass ihr politisches Engagement problematisch sein könnte. Ich hoffe, dass sich Mobimo aus der Kampagne zurückzieht und diese den politischen Akteuren aus der Befürworter- und Gegnerschaft überlässt. Formell bin ich von der Beantwortung der Fragen befriedigt.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Die Interpellation wurde nicht grundlos eingereicht. Verschiedene Gerüchte über die Abstimmungskampagne waren im Umlauf. Die Gegnerschaft des Projekts AGGLOlac verfügt über keine finanziellen Mittel. Das Ungleichgewicht ist gross. Regionale Medien machten offensichtlich bereits Werbung für das Projekt. Wir hoffen auf eine transparente und faire Kampagne.

Loderer Benedikt, Grüne: Ich muss Ihnen ein schreckliches Geständnis machen. Stellen Sie sich vor, ich bin mit Mobimo herumgereist, habe Bauten von Mobimo besichtigt und auf deren Kosten gegessen. Vor Ihnen steht demnach ein von Mobimo gekaufter Befürworter, denn es ist ja klar, dass die Stimmberechtigten käuflich sind. Die Fähigkeit zur freien Meinungsbildung wird nicht zugestanden. Haben Sie ein bisschen mehr Vertrauen in die StimmbürgerInnen!

Bohnenblust Peter, FDP: Mit der Forderung einer Intervention des Gemeinderats um Mobimo zu einem Rückzug aus der Abstimmungskampagne zu bewegen, habe ich ein grundsätzliches Problem. Der Gemeinderat hat völlig richtig geantwortet, dass er keinen Einfluss nehmen wird.

Wächter Olivier, UDC: Je rejoins les propos de mon collègue. J'ose ajouter que sans avoir obtenu davantage de Mobimo, j'ai changé d'avis sur le projet. De plus, la restructuration présentée ce jour sur ce projet me fait le soutenir. Je ne souhaite pas devoir crier haut et fort ma confiance en Mobimo car j'ai un peu l'impression que l'on se dirige dans un vote comme ce qui se passe à Moutier en ce moment. Je pense que si cela se passe ainsi c'est dommage pour l'image de Bienne.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Zur formellen Ausgangslage und den rechtlichen Rahmenbedingungen hat der Gemeinderat bereits in seiner Beantwortung Stellung bezogen. Ich denke nicht, dass ein finanzielles Ungleichgewicht die Abstimmung bereits während der Kampagne kippen lässt. Eine aussergewöhnliche Bevölkerung, wie diejenige in Biel mit einer Hochglanzkampagne zu überrollen, funktioniert nicht. Die StimmbürgerInnen in Biel sind mündig. Diese Abstimmung lässt sich nicht einfach mit Geld sondern nur mit Argumenten gewinnen. Die Debatte um die besseren Argumente und Lösungen soll stattfinden und an diesem Kampf sollen sich alle zivilgesellschaftlichen Gruppierungen beteiligen. Sie erwarten vom Gemeinderat, dass er seine Rolle korrekt wahrnimmt. Dies bedingt aber auch, dass sowohl der Gemeinderat als auch Mobimo ihre Rolle im Abstimmungskampf wahrnehmen. Der

Versuch einer Einflussnahme widerspricht der klaren Rollenverteilung und kann nicht im Interesse der InterpellantInnen sein. Wenn in der politischen Debatte der Eindruck einer übertriebenen Einflussnahme entsteht, ruft dies eine Abwehrreaktion hervor. Die Bevölkerung reagiert darauf sensibel und lehnt ein Projekt tendenziell ab. Ihre Sorgen sind demnach unbegründet. Mit Geld können Sie nicht alles entscheiden. Genau so wenig können Sie im Sport eine Meistermannschaft zusammenkaufen denn am Schluss wird immer noch gespielt.

Wiher Max, Fraktion GLP: Die ganze Sache ist schon ein wenig heikel. Der Gemeinderat spielt eine Rolle genauso wie die Befürworter- und Gegnerschaft von AGGLOlac. Mobimo ist im PR-Bereich sehr gut geschult und nutzt alle Mittel aus. Der Gemeinderat hat sich zusammen mit Mobimo finanziell an einem Konzert beteiligt ohne dass er von deren Beitrag wusste. Dieser Vorfall zeigt, dass bereits Grenzen überschritten worden sind.

Scheuss Urs, Grüne: Soll eine Abstimmung gewonnen werden, muss frühzeitig und bereits vor der eigentlichen Kampagne mit dem Abstimmungskampf begonnen werden. Den meisten Gruppierungen reicht das Geld jedoch nur für die Abstimmungskampagne während zwei bis drei Wochen. Nur bei ausreichend finanziellen Mitteln kann die Kampagne früher gestartet werden. Die Rolle von Mobimo in der Abstimmungskampagne muss im Stadtrat weiterhin thematisiert werden. Für mich überschreitet Mobimo die zulässige Einflussnahme.

152. Interpellation 20190386, Ogi Pierre, Fraktion PSR, «Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit (2)»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Interpellant sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Je me présente à cette tribune pour parler de la Plage de Bienne tous les quatre mois en moyenne car rien ne s'améliore. En effet, depuis que la Plage de Bienne a été privatisée, tout va de mal en pis. Je me souviens qu'une majorité du Conseil de ville de l'époque avait voté pour confier la gestion de ce lieu à la CTS mais malheureusement, ils ne connaissaient pas le potentiel de nuisance de cette entreprise. Une première mesure faite par CTS a été de supprimer la bordure de fleurs existantes car il faut les entretenir et l'eau au bord du lac n'est pas simple à trouver! Puis, on a décidé de retirer le bassin pour les enfants car il se trouvait à l'ombre. C'est vrai que de mettre des tout-petits à l'ombre c'est une aberration. La raison cachée était plutôt qu'une surveillance était nécessaire et cela coûte quelque chose. Ensuite, le gazon de la Plage est tellement non-entretenu que l'on est susceptible de se faire une entorse à chaque pas et je ne vous parle pas de l'état des vestiaires.

Non, je ne dramatise pas c'est la réalité. Toutefois, les faits sont là, la Plage est laissée à l'abandon et louée uniquement à des personnes aisées mais en tout cas plus disponible pour toute la population en tout temps. Ces personnes aisées peuvent facilement faire pression sur le Conseil municipal et sur la CTS afin d'obtenir ce qu'elles veulent et ceci au détriment de la population. La cerise sur le gâteau a été la période

actuelle du COVID où le nombre de personnes a été limité à 3'000. Il ne faut pas croire que ces gens étaient éparpillés sur tous le terrain car c'est juste impossible vu son état. Ces gens étaient agglutinés sous les arbres. En période de pandémie, c'est invraisemblable cette situation et si vous aviez vu l'état ignoble des WC. Je doute que le port du masque ait eu un grand effet. Bref, je trouve qu'on doit arrêter de vendre le patrimoine. Monsieur le Maire, ma famille dans son ensemble vous soutient, et ceci élection après élection. Ce n'est pas pour cela qu'il faut changer la Plage mais par notre soutien on vous montre qu'on a espoir qu'une fois, le Maire de Bienne, fasse quelque chose. J'espère, Monsieur Fehr, que vous n'attendiez pas que la Plage soit détruite. Vous ne devez pas vous couper de vos racines et accepter n'importe quoi. Monsieur le Maire, ne soyez pas le fossoyeur de la Plage, vous devez vous reprendre car cela ne va plus!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Ogi, Ihre Abneigung gegen die CTS ist allgemein bekannt. Die CTS gehört zu 100% der Stadt und diese gibt schlussendlich die Marschrichtung vor. Nach der Expo 02 haben die damals Verantwortlichen entschieden, dass die Strandbadgestaltung streng nach denkmalpflegerischen Kriterien in ihrem ursprünglichen Charakter von 1932 wiederhergestellt. Wie er in seiner Antwort ausführt, empfindet der Gemeinderat die Drittevents ebenfalls als störend. Er wird dem Stadtrat deshalb nächstens vorschlagen, dass als einziger Drittevent nur noch das «Lakelifestival» stattfinden soll. Während der Badesaison sollen keine Privat- und Firmenanlässe mehr stattfinden. Bei mir persönlich hat noch nie eine Firma für die Durchführung eines Anlasses interveniert. Für solche Anfragen besteht der Leistungsvertrag mit der CTS.

Über die Schönheit des Bieler Strandbads sind wir uns einig. Die wertvollen Teile der Anlage sind die Gebäude mit dem Damm und der Wiese hinter dem Sandstrand. Im hinteren Teil besteht mehr Gestaltungsspielraum. Die Bedürfnisse ändern sich mit der Zeit. In jüngeren Jahren war ich den ganzen Sommer über jedes Wochenende von morgens bis abends im Strandbad an der Sonne. Heute ist der Respekt vor den UV-Strahlen grösser, stundenlanges Sonnenbaden macht kaum jemand mehr. Die Nutzungsbedürfnisse haben sich verändert. Heute muss das Strandbad andere Angebote bereitstellen. Die Liebe zum Strandbad jedoch ist unbestritten.

Arnold Marc, SP: Bis 1999 als das Strandbad für die Expo geschleift wurde, war es ein Schul- und Familienbad. Dort fanden im Rahmen des Turnunterrichts jeweils Schulstunden statt. Der damalige Stadtpräsident, Hans Stöckli versicherte dem Stadtrat seinerzeit, dass das Strandbad nach der Expo wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt würde. Von den Expo-Verantwortlichen wurden anscheinend Ausgleichszahlungen dafür geleistet. Das Geld wurde demnach eingestrichen, die Umsetzung aber nicht gemacht.

Wiher Max, GLP: Der Stadtpräsident hat vorhin erwähnt, dass der vordere Teil der Anlage am See nicht verändert wird weil er ihm so gut gefällt. Er hat jedoch verschwiegen, dass die hintere Wiese, welche den direkten SeeEinstieg erlaubt ohne über den Nichtschwimmerbereich oder den Steg zu gehen, geopfert werden soll. Viele SchwimmerInnen bedauern das sehr.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Wir diskutieren über das Strandbad und nicht über AGGLOlac. Herr Arnold, dass angeblich Geld eingesteckt und dann nichts gemacht

wurde, ist nicht wahr. Mit den Expo-Geldern wurden die Gebäude im Strandbad komplett saniert und nach denkmalpflegerischen Kriterien wiederhergestellt. Sie Herr Arnold, haben vorhin erwähnt, dass der damalige Stadtpräsident versprochen habe, das Strandbad wieder in seinen Ursprungszustand zu versetzen. Im Gegensatz zu Ihnen, nämlich dem Zustand vor der Expo meinte er jedoch jenen von 1932. Erst nach der Expo wurde die grosse freie Fläche ersichtlich, vorher war dort eine Art überwucherter Schrottplatz. Daraus ergaben sich neue Nutzungswünsche. Es wurde nie Geld eingesteckt und nichts gemacht. Vielleicht wurde nicht das gemacht, was Sie sich gewünscht haben.

Arnold Marc, SP: 1999 stand die Wiederherstellung zur Diskussion nicht der ursprüngliche Zustand von 1932. In schlechten Saisons zählte das Strandbad vor 1999 bis zu 150'000 Eintritte. In schönen Sommern waren es gegen 230'000. Es befand sich damals keineswegs in einem Dornröschenschlaf.

153. Überparteiliche Interpellation 20190350, Bord Pascal, PRR, Grupp Christoph, Grüne, Sprenger Titus, Passerelle, «Wird die Stadt nochmals ein Debakel wie beim Verkauf vom Victorinox-Gebäude erleben oder welche Massnahmen werden ergriffen, um es zu verhindern?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Bord Pascal, PRR: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse complète. L'épisode Victorinox n'est pas la plus grande réussite du Conseil municipal pour cette législature. J'espère que le Conseil municipal a vraiment pris des mesures de correction afin que cela ne se reproduise plus. Il n'y a que celui qui ne fait rien qui ne fait pas d'erreur. C'est bien vrai mais en améliorant une organisation, elle peut s'améliorer. Le regroupement de l'ensemble des services de l'Administration dans un seul bâtiment central pourrait aussi améliorer la collaboration entre les différents départements. Je suis satisfait de la réponse donnée à mon intervention.

154. Motion 20190337, Frank Lena, Grüne, «Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Frank Lena, Grüne: Das Thema der Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen ist ein Dauerbrenner. Der Zufall will, dass genau heute der Nationalrat über die transparente Parteifinanzierung debattiert hat. Der Vorschlag der vorberatenden Kommission geht meiner Ansicht nach aber zu wenig weit. Auch in Biel muss die Transparenz thematisiert werden. Welche Interessenbindungen stehen

hinter den Kampagnen? Ich finde es demokratisch richtig, wenn die Interessenbindungen der Geldgeber offengelegt werden. Bis jetzt liegt es im Ermessen der Kandidierenden die Finanzierung ihrer Wahlkampagne offenzulegen. Mit dem vorliegenden Vorstoss fordere ich ein Reglement, welches zumindest bezüglich Transparenz mit gleichen Ellen misst. Für mich gehört das zu einem der Kernelemente der Demokratie. Ich mache deshalb gleich den Anfang und lege die Finanzierung meiner Wahlkampagne für den Gemeinderat offen. «Bienne Solidaire» verfügt über ein Budget von CHF 60'000 finanziert durch die Parteien Grüne, SP und PSR. Mein persönliches Budget beträgt im Moment rund CHF 4'000 wovon CHF 3'500 Spenden von Privatpersonen sind. Hinzu kommt viel Freiwilligenarbeit, welche ich im Moment nicht abschätzen kann. Die Offenlegung ist auch auf lokaler Ebene wichtig. Eine entsprechende Regulierung betrifft die politischen Rechte von Bund, Kanton und Gemeinden über die sie je in eigener Kompetenz verfügen. Damit steht auch die Stadt Biel in der Verantwortung. Mit der Erheblicherklärung des vorliegenden Vorstoss werden zudem die laufenden nationalen Bemühungen unterstützt. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Aktuell läuft die Wahlkampagne von Bieler Parlament und Regierung. Allen ist klar, dass Werbung kostet und unweigerlich stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Die Forderung nach mehr Transparenz wird regelmässig aufgeworfen. In kaum einer anderen westlichen Demokratie sind die Finanzströme des Politbetriebs so undurchsichtig wie in der Schweiz. Die Fraktion GLP begrüsst den vorliegenden Vorstoss und wird ihn unterstützen. Braucht es dafür den staatlichen Zwang? Was spricht eigentlich dagegen, ein an und für sich einfaches Anliegen gleich selber umzusetzen und damit bei den WählerInnen zu punkten? Die Bieler Partei der Motionärin jedenfalls wartet darauf, gezwungen zu werden. Schön hat sie selber jetzt ihr aktuelles Kampagnenbudget offen gelegt. Während die SP auf nationaler Ebene an vorderster Front für mehr Transparenz wirbt, sprechen die Bieler Parteimitglieder lieber nicht über Geld. Die Fraktion GLP handelt aus eigenem Antrieb. In unseren Jahresberichten, welche auf der Internetseite einsehbar sind, weisen wir unsere Finanzierung aus, auch die Zusammensetzung der Einnahmen wird publiziert. Wir sind der Meinung, mit guten Beispiel voranzugehen ist das beste Mittel um etwas zu erreichen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! unterstützt den vorliegenden Vorstoss. Wir sind erfreut, dass der Gemeinderat zum Handeln bereit ist. Wir fragen uns allerdings, warum ein entsprechendes Reglement erst nach Abschluss der Totalrevision der Stadtordnung (SGR 1.0-1) ausgearbeitet werden soll, wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt. Hier könnte vorwärts gemacht werden.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP heisst den Antrag des Gemeinderats gut. Die Details werden später zu regeln sein. Erste Erfahrungen wird der Entscheid im Nationalrat bringen.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le contenu de cette motion est à notre avis superflu et n'apporte rien au déroulement de la vie politique. Nous constatons que certains d'entre nous veulent faire croire à toute la Suisse que Bienne est capable de précéder toutes les décisions qui devront être prises au niveau du Conseil fédéral. C'est juste incroyable comme Bienne devrait paraître la bonne élève. Il est aussi vrai que Bienne n'a actuellement aucun souci financier. C'est

pourquoi, il nous est possible de nous concentrer sur le financement des campagnes des partis lors des votations. C'est tellement important! Pourquoi doit-on toujours rendre tout obligatoire et il revient toujours à l'État de tout réglementer. Je suis d'avis qu'on doit laisser les gens penser et faire aussi ce qu'ils veulent, parfois. Comme on a pu le constater à Telebielingue, celui qui veut parler le fera. La terre ne va pas tourner différemment pour autant. Je vous invite donc à rejeter cette motion.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO begrüsst den vorliegenden Vorstoss und ein entsprechendes Reglement. Ich beantworte die Äusserungen von Herrn Briechle. Frau Frank hat die Kampagne von «Bienne Solidaire» der Grünen, SP und PSR soeben offen gelegt. Die Partei finanziert sich aus voll einbezahlten Mitgliederbeiträgen sowie Mandatssteuern und ist eine interne Angelegenheit. Ich erwarte etwas mehr Respekt.

Briechle Dennis, GLP: Die Motion fordert nicht nur die Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen sondern auch diejenige der Parteien. Frau Clauss, wenn Sie den Vorstoss unterstützen ist die Parteifinanzierung keine interne Angelegenheit mehr.

Clauss Susanne, SP: Ich habe bereits erklärt, dass die Partei über Mitgliederbeiträge und Mandatssteuern finanziert wird. Ob die Mandatssteuern intern abgegeben werden ist nicht Sache der Öffentlichkeit. Das ist rechtlich klar geregelt. Ich möchte jetzt diese Diskussion abschliessen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Wenn etwas nicht mehr weiter besprochen werden soll, kann auch auf eine Wortmeldung verzichtet werden. Ich unterstütze den vorliegenden Vorstoss. Bei der vorherigen Debatte zur Interpellation 20190454 «AGGLOlac: Wie stellt der Gemeinderat eine faire Abstimmungskampagne sicher?» wurde der Rückzug des Investors aus der Abstimmungskampagne gefordert weil ein Ungleichgewicht bestehen würde. Frau Frank hat vorhin erwähnt, dass ihre Liste für die Wahlkampagne über ein Budget von CHF 60'000 verfügt. Die Liste der GLP verfügt über CHF 15'000. Wir wünschen uns auch, dass sich die grossen Player, welche ein Ungleichgewicht herstellen, zurückziehen.

Frank Lena, Grüne: Transparenz schafft Vertrauen in die Politik. Dabei hilft die Offenlegung, wieviel von wem in eine Kampagne gesteckt wurde. Ich finde es spannend, dass genau die SVP, welche sonst immer aufschreit wenn angeblich demokratische Grundprinzipien in Frage gestellt werden, jetzt einen Vorstoss für mehr Demokratie nicht unterstützt.

Augsburger-Brom Dana, SP: Wer soll sich jetzt genau zurückziehen? Ich verstehe das nicht, vielleicht kann das jemand erklären.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich schliesse die Diskussion hier ab und übergebe das Schlusswort dem Stadtpräsidenten.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich gehe auf zwei Wortmeldungen näher ein. Frau Tennenbaum, Sie gehen offenbar davon aus, dass Gemeinderat und Stadtverwaltung nichts zu tun haben und nur darauf warten, schnell das entsprechende Reglement auszuarbeiten. Das Reglement über städtische Abstimmungen und Wahlen muss nach der Revision der Stadtordnung sowieso überarbeitet werden. Die Revision jetzt

vorzuziehen ist wenig sinnvoll denn dieses Reglement unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung. Zweimal in kurzer Zeit über dasselbe Reglement abstimmen zu müssen, wird nicht sehr geschätzt. Je schneller Sie hier im Stadtrat die Stadtordnung behandeln desto rascher kann anschliessend das entsprechende Reglement umgesetzt werden.

Die Frage nach Zwang und Freiwilligkeit wurde diskutiert. Eine freiwillige Offenlegung kann taktisch eingesetzt werden indem bestimmte Dinge gezeigt werden und andere nicht. Die Vergleichbarkeit wird dadurch erschwert oder sogar verzerrt. Die einheitliche Lösung bietet objektive Transparenz und verhindert die Verzerrung.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Motion nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird erheblich erklärt.

155. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200287, Hamdaoui Mohamed, CVP «Mangel an (französischsprachigen) Fachärzten: der Gemeinderat muss einschreiten!»

Hamdaoui Mohamed, PDC: Vous n'êtes pas sans savoir qu'il y a une pénurie grandissante, à Bienne et dans le Jura bernois, de médecins spécialistes dans un certain nombre de domaines. J'ai déposé avec Madame Dunning, PSR et Monsieur Grivel, PRR, au Grand Conseil, une interpellation à ce sujet. La réponse du Gouvernement a été la suivante: *«Vous les biennois et jurassiens bernois, si vous avez des problèmes de santé, allez-vous faire soigner à Berthoud, Bâle ou Aarau, même si on ne parle pas votre langue.»* Cette réponse est inadmissible et c'est bien pour cela que je demande au Conseil municipal d'intervenir de toute urgence afin que l'on n'ait pas des problèmes plus importants qui se déclarent à l'avenir.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

156. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200289, Wächter Olivier, SVP «Provisorischer Durchgangsplatz für Schweizer Fahrende in Biel»

Wächter Olivier, UDC: C'est un sujet récent et surtout d'actualité. Je pense donc qu'il est urgent et important de donner toutes les informations à la population sur ce thème afin qu'elle ne se fasse pas de fausses idées, qui pourraient être très négatives.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.05 Uhr bis 20.40 Uhr

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Nachdem die Sitzungsprause überzogen wurde, beschränke ich die jetzt Redezeit auf fünf Minuten für Fraktionssprechende und drei Minuten für EinzelsprecherInnen.

157. Überparteiliches Postulat 20190429, Gugger Reto, BDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Weniger gedruckte Unterlagen bei Wahlen und Abstimmungen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Gugger Reto, BDP: Als ich den vorliegenden Vorstoss eingereicht habe, wusste ich noch nicht, dass das Couvert für die Wahlen 561 Gramm schwer wird. Für die Stadt Biel beträgt das Gewicht der versendeten Wahlcouverts gesamthaft rund 17 Tonnen. Dieses Material wurde zuerst als Zellstoff vom Ausland importiert, in der Schweiz gedruckt, verarbeitet und ausgeliefert. Heute verschickt selbst die Krankenkasse ihre Policen nicht mehr auf Papier sondern stellt sie elektronisch zur Verfügung. Viele Leute lesen ihre Zeitung nur noch in elektronischer Form und nicht mehr gedruckt. Der grosse Papierverbrauch ist einerseits schlecht für die Umwelt und andererseits kostspielig. Die Urhebenden sind mit dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat als erfüllt abzuschreiben nicht einverstanden. Das Anliegen wurde zwar geprüft ohne aber etwas zu unternehmen. Wieviele Stimmberechtigte würden auf die Zustellung der Wahlprospekte - bis auf Stimmzettel und Ausweiskarte - verzichten und möchten damit etwas zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen? Ich beantrage, den Vorstoss noch nicht abzuschreiben. Im Zusammenhang mit der Revision des Reglements über die Abstimmungen und Wahlen der Stadt Biel könnte damit auch über diesen Punkt diskutiert werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich empfehle dem Stadtrat, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Das Postulat wurde geprüft. Allein für die Stadt Biel ist die Ersparnis klein. Die Forderung müsste entweder im kantonalen oder eidgenössischen Parlament vorgebracht werden. Wenn immer möglich werden die Abstimmungen in der Stadt Biel zusammen mit kantonalen und/oder eidgenössische Abstimmungsterminen zusammengelegt. Die kommunalen Abstimmungsvorlagen elektronisch, die kantonalen und eidgenössischen Vorlagen jedoch auf Papier zu verschicken wäre kompliziert und der Aufwand der Stadtkanzlei würde massiv erhöht. Eine einheitliche Lösung auf allen drei Ebenen ist vorzuziehen.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

158. Interpellation 20190351, GPK, «Schnittstellenmanagement zwischen der Abteilung Liegenschaften und den Direktionen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Frank Lena, GPK: Die GPK hat den vorliegenden Vorstoss eingereicht weil bei der Ausübung des Vorkaufsrechts für das Gebäude am Grillenweg 4 Fehler passiert sind. Die GPK verlangt, dass der Gemeinderat aus dieser unrühmlichen Geschichte seine Lehren zieht. Die Schnittstelle zwischen der Abteilung Liegenschaften und den einzelnen Direktionen funktioniert nicht. Die GPK ist weiterhin besorgt über das Schnittstellenmanagement in diesem Bereich. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass er vorsieht, eine umfangreiche Analyse durchzuführen. Einerseits interessiert uns der Fortschritt in dieser Sache und andererseits regen wir an, nicht nur die Schnittstelle zu den Schulen zu untersuchen sondern auch zu den anderen Direktionen. Von der Antwort ist die GPK befriedigt, mit der Situation jedoch noch nicht ganz.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Im Bereich Schulraum wurde die externe Analyse mittlerweile abgeschlossen. Nun wird die neue Funktion Schulraumplaner/in geschaffen. Bei den Schnittstellen zu den anderen Bedürfnissen stellt sich die Frage, ob zusätzliche Ressourcen notwendig sind. Einzig der Bildungsbereich meldet regelmässig Raumbedürfnisse an. Aus allen anderen Bereichen wird nur selten Bedarf angemeldet. Der Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig ist. Diese soll mit den bestehenden Ressourcen bewerkstelligt werden. Der Gemeinderat hat entschieden, dass die Präsidialzusammen mit der Bau- und Finanzdirektion die Nachfragen koordiniert. Klar ist, dass die Federführung definiert sein muss. Im Fall des Gebäudes am Grillenweg hat es auch am guten Willen im Stadtrat gefehlt. Aufgrund einer alten vertraglichen Bestimmung was das Zeitfenster für die Ausübung des Vorkaufsrechts sehr unglücklich. Die Frist lief leider genau über die Sommerferien. Mich ärgert immer noch, dass der Stadtrat das Geschäft nicht behandeln wollte.

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Der GPK geht es vor allem darum, dass seitens der Stadtverwaltung entsprechend reagiert wird. Wir haben festgestellt, dass innerhalb der Stadtverwaltung allfällige Bedürfnisse nicht abgeklärt werden. Ich gebe zu, dass beim Gebäude am Grillenweg die Fristen kurz waren aber die verwaltungsinterne Kommunikation fand eben nicht statt.

Grupp Christoph, Grüne: Der Stadtpräsident hat vorhin von einem Fehler gesprochen. Die Beantwortung des Gemeinderats war so formuliert als ob in der Stadtverwaltung keine Fehler passiert wären. Die Abläufe und Strukturen würden bestens laufen, aus unerklärlichen Gründen lief aber etwas schief. Nachdem der Gemeinderat seine Fehler nicht zugeben kann, wirft der Stadtpräsident dem Stadtrat nun seinerseits einen Fehler vor. Der Fehler lag sicherlich auf beiden Seiten, was ich aber so nicht gehört habe.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Grupp, es handelt sich hier um ein Missverständnis. Die Fragen gehen darum, wie es sein sollte und nicht was schiefgelaufen ist. Unbestritten ist, dass im Fall des Gebäudes am Grillenweg nicht alles rund lief. Sie

werden jedoch verstehen, dass sich der Gemeinderat in seiner Beantwortung nicht auf Fehler von, unter Umständen, einzelnen Mitarbeitenden bezieht. Ich kann Ihnen versichern, dass die Mängel angegangen werden. Die Fragen der Interpellation bezogen sich auf die allgemeinen Regeln. Manchmal läuft nicht alles so wie es sollte und in diesem Fall ist dies leider passiert.

159. Postulat 20190344, Gugger Reto, BDP, Schor Alfred, EDU, «Helfen kennt kein Mindestalter»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 17)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Das Wort wird nicht verlangt.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

160. Interpellation 20190349, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «E-Trottinette in Biel?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 18)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Epper Bettina, Fraktion Grüne: Die Bieler Trottoirs sind alles andere als sichere Gehwege für FussgängerInnen: Velos brausen in schneller Fahrt vorbei, Autos parkieren rechtswidrig darauf und nicht selten sind Moped- oder RollerfahrerInnen unterwegs. Ich bin darum sehr froh, gibt es in Biel bis anhin keine E-Trottinets zum ausleihen wie in anderen Schweizer Städten. Schliesslich kurven diese E-Trottinets genau auf den Trottoirs herum. Abgesehen davon sind sie unökologisch, verursachen bereits bei der Produktion viele Emissionen und gehen schnell kaputt. Ich hoffe sehr, dass der Gemeinderat, obwohl er bereits Anfragen erhalten hat, auch künftig keine Bewilligung für ausleihbare E-Trottinets erteilt. Wichtig ist, dass die Bieler Trottoirs nicht noch gefährlicher werden.

161. Dringliche Motion 20200021, Frank Lena, Fraktion Grüne, «Photovoltaik in der baurechtlichen Grundordnung verankern»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 19)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Mit der Ablehnung des revidierten kantonalen Energiegesetzes in der Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 wird einmal mehr eine grosse Chance verpasst. Ich würde die Nichterheblicherklärung des vorliegenden Vorstosses, sei es als Motion oder als Postulat, sehr bedauern. Mit einem Prüfauftrag kann auf die sich jederzeit ändernde Ausgangslage reagiert werden. Biel ist im Vergleich mit anderen seeländer Gemeinden beim Solarstrom im Rückstand. Um das Ziel der nationalen Energiestrategie zu erreichen, muss der Anteil am Solarstrom verfünffacht werden. Leisten wir unseren Beitrag dazu auch in Biel und treiben den Zuwachs voran. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären - für eine sonnige Zukunft.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird den Vorstoss als Postulat erheblich erklären. Uns erstaunt, dass der Vorstosstext Ausnahmen bei mangelnder Wirtschaftlichkeit und möglichen Konflikten betreffend Ortsbild vorsieht.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich bringe die Argumente des abwesenden Martin Scherrer vor. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort aus, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung der Forderungen fehlen. Wann und ob die Grundlagen vorliegen, bleibt unklar. Eine Verankerung in der baurechtlichen Grundordnung ist ein starker Zwang und ein Eingriff in das Baurecht. Die Bauherren sollen weiterhin die Wahl zwischen verschiedenen nachhaltigen Energieformen haben. Der Fokus auf den Energieträger Solarkraft würde eine starke Abhängigkeit bedeuten. Im weiteren schreibt der Gemeinderat, dass in erster Linie die Energielieferanten für eine nachhaltige Energieversorgung verantwortlich sind. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt, **den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.**

Gugger Reto, BDP: Frau Frank, als liberaler Mensch sind mir Verbote und Zwänge zuwider. Ich werde gerne motiviert etwas zu tun. Ich wünsche mir aber auch, dass der Solarstrom, welcher produziert und nicht verbraucht wird, zu einem fairen Preis ins Netz eingespiesen wird. Heute vergütet der ESB (Energie Service Biel/Bienne) 10 Rappen pro Kilowattstunde. Der Ökostrom zum Nachttarif kostet 16 Rappen. Ich bin überzeugt, dass eine Erhöhung der Einspeisevergütung die Leute freiwillig dazu bringt, in Solaranlagen zu investieren. Ich beantrage deshalb, **den Vorstoss als erfüllt abzuschreiben.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Gemeinderat verzichtet auf das Wort.

Abstimmungen

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

- über den Antrag von Herrn Gugger, das Postulat abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

162. Dringliches Postulat 20200022, Rochat Julien, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Biel einschränken»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 20)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Comme vous le savez tous, les zones 30 km/h ont le vent en poupe ces derniers temps. Nous pensons que c'est une mode. Pour notre groupe, une zone 30 km/h ne se justifie que lorsque le bruit et la sécurité ne sont vraiment plus suffisants pour les personnes habitant les petits quartiers. Nous aimerions savoir comment vous pouvez justifier la construction d'une zone 30 km/h dans ce secteur alors qu'il n'y a eu presque aucune plainte au niveau du bruit et que la sécurité y est correcte. Le danger zéro sur une route est quasi impossible à atteindre. Le Conseil municipal répond que la police peut être sollicitée en cas de nécessité pour l'envoi d'un protocole d'accident. Nous aimerions savoir combien de fois la police a été mise à contribution. Il ne faut pas utiliser la protection du climat comme cause unique à l'introduction d'une zone 30 km/h. En effet, comme le dit le Conseil municipal dans sa réponse, la mise en place d'une zone 30 km/h relève aussi de la compétence du Canton. Aujourd'hui, les voitures modernes ont des systèmes de freinage assisté, des radars anticollisions bien plus performants qu'auparavant. On note donc une nette réduction des distances de freinages. Nous sommes étonnés de lire, dans la réponse du Conseil municipal, que la mise en place de zone 30 km/h est complexe alors qu'en Ville de Bienne on les voit apparaître très facilement. Nous lisons aussi que la création de zone 30 km/h permet de limiter les accidents mais nous aimerions savoir s'il y a vraiment eu autant d'accidents qui ont rendu la zone 30 km/h indispensable. Est-ce qu'un rapport investissement/gain du point de vue de la sécurité et du bruit est établi après quelques années? Voici un exemple bête mais réel: si on prend 0 cas d'accident en 2018 et 1 cas d'accident en 2019, cela représente 100% d'augmentation d'accidents mais c'est uniquement statistiques. Pour toutes ces raisons, notre groupe propose **d'adopter ce postulat mais de ne pas le radier du rôle.**

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Ich verstehe nicht, was die Fraktion SVP/Die Eidgenossen gegen Tempo-30-Zonen hat. Es geht um die Lebensqualität der AnwohnerInnen auch an stark befahrenen Strassen. Ich bin nicht im Gemeinderat denke aber, dass es ihm in erster Linie um die Erhöhung der Lebensqualität geht. Nebenbei helfen die Tempo-30-Zonen mit, das Klima zu verbessern. Zur Beruhigung an die Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Entgegen ihren Befürchtungen, kommt man mit Tempo 30 nicht langsamer vorwärts. Der Verkehr fliesst besser und es gibt weniger Staus. Von mir aus könnte im ganzen Stadtgebiet Tempo 30 herrschen. Ständig wechselnde Geschwindigkeiten fordern viel mehr Aufmerksamkeit und Konzentration. Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit würde Klarheit und Übersichtlichkeit schaffen. Die Fraktion SP/JUSO hat ein zusätzliches Anliegen zu den Tempo-30-Zonen: Ein Nebeneinander von Fuss-, Velo- und Autoverkehr in Tempo-30-Zonen erfordert grosse Rücksichtnahme von allen. Rücksichtsvolles Fahren unter Zeitdruck ist schwierig und diesen haben vor allem LastwagenfahrerInnen. Trotz der Umfahrung über den A5-Ostast nutzen immer noch viele LKWs die Innenstadt Richtung Reuchenettestrasse als Abkürzung. Dies muss zwingend unterbunden werden um mehr Platz für ein friedliches

Nebeneinander aller VerkehrsteilnehmerInnen zu schaffen. Die Fraktion SP/JUSO wird der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Tatsächlich hat Tempo 30 nicht nur umweltschutztechnische Hintergründe sondern auch sicherheitstechnische. Auf das Argument, dass Autos immer moderner werden, antworte ich lapidar, Autos gehören nicht in die Innenstadt.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je trouve ce postulat un peu surréaliste mais peut-être suis-je très bête. Il est possible de douter parfois de la procédure démocratique, du manque de communication lorsqu'une zone 30 km/h a été instaurée à Bienne. Par contre, je voudrais bien savoir qui peut me citer un exemple de la population d'un quartier qui aurait été révoltée car une zone 30 km/h a été installée dans son quartier. Il me semble que tout le monde salue ces actions car cela apporte davantage de tranquillité et de sécurité. Je pense donc que l'on peut trouver des combats pour la mobilité mais vouloir introduire un moratoire contre les zones 30 km/h me paraît exagéré. Je ne soutiendrai pas ce postulat.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die vom Kanton vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Tempo-30-Zonen werden erfüllt. Die Gefahrenlage wurde in Absprache mit der Kantonspolizei abgeklärt. Das Postulat fordert ausserdem, dass der Gemeinderat den Stadtrat und die Bevölkerung über die Kosten zur Einrichtung einer Tempo-30-Zone informiert. Der Gemeinderat hat den Stadtrat nicht nur über künftige Tempo-30-Zonen informiert, er hat das Vorhaben jeweils dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt. Sämtliche Forderungen des Postulats werden bereits umgesetzt, der Vorstoss kann demnach erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben werden. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Francescutto Luca, UDC: Certains d'entre vous pensez que ce postulat n'a pas sa place. Je trouve qu'il a sa raison d'être. Je ne vais pas entrer dans les détails mais je vais revenir sur la zone de la route de Reuchenette, dont je vous ai parlé tout à l'heure, qui est en zone 30 km/h. C'est une voie de transit et, à ma connaissance, en vingt ans d'activité professionnelle en tant que policier, je n'ai pas relevé d'accidents sur cette route. Ceci, uniquement dans le but de vous prouver que ce postulat a une vraie raison d'être.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Reuchenettestrasse ist eine Kantonsstrasse. Dort hat nicht die Stadt Biel eine Tempo-30-Zone verordnet sondern der Regierungsrat. Ausserdem ist die Strasse keine Tempo-30-Zone sondern Tempo 30 ist signalisiert, was etwas anderes ist. Im vorliegenden Vorstoss wird von Zonen gesprochen, welche grössere zusammenhängende Gebiete umfassen. Der Gemeinderat hat die Fragen des Postulats gerne beantwortet.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich erlaube mir zu präzisieren. Richtig ist, dass der Kanton an der Reuchenettestrasse Tempo 30 verfügt hat und eine Beschwerde abgewiesen hat. Dies hat die Kantonsverwaltung jedoch mit Unterstützung der Stadtverwaltung getan. An dieser Tempolimit ist also die Stadt Biel mitbeteiligt.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

163. Überparteiliche Motion 20190376, Epper Bettina, Grüne, Strobel Salome, SP, «Antennenreglement für die Stadt Biel»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 21)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Epper Bettina, Grüne: Es freut mich, dass die Stadtregierung ebenfalls der Meinung ist, dass bezüglich 5G seitens der Bundesverwaltung noch viel zu klären ist. So wie ich bedauert auch der Gemeinderat, dass die Resultate der vom Bundesamt für Umwelt beauftragten Arbeitsgruppe über mögliche gesundheitliche Risiken nicht veröffentlicht wurden. Die Situation ist höchst unbefriedigend und es muss etwas getan werden. Leider sind auf kommunaler Ebene kaum Einschränkungen eines Ausbaus des 5G-Netzes möglich. Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass er nur über einen begrenzten Spielraum verfügt um den Bau von Mobilfunkantennen zu beschränken. Intervenieren kann er im Rahmen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung. Ein Antennenreglement für die Stadt Biel gibt es nicht. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort die Vor- und Nachteile verschiedener Modelle übersichtlich und gut zusammengefasst. Er kommt zum Schluss, dass ein Antennenreglement keinen zusätzlichen Nutzen bringen würde, da heute bereits ein funktionierendes Modell mittels Baubewilligungsverfahren besteht. Ein Nutzungsplan hätte keinen Einfluss auf die Strahlung der Antennen, schreibt der Gemeinderat. Ein Antennennutzungsplan schreibt zwar keine zulässige Strahlenmenge vor aber er könnte zumindest verlangen, dass in besonders heiklen Gebieten, etwa in der Nähe von Schulen oder Kindergärten keine Antennen zugelassen würden. Der Gemeinderat ist bereit, die Forderung zu prüfen. Ich bin damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Strobel Salome, SP: Vermutlich werden die Urheberinnen des vorliegenden Vorstosses als esoterische oder krude Verschwörungstheoretikerinnen abgestempelt. Das sind wir jedoch keineswegs, hingegen nehmen wir die Sorgen vieler BielerInnen ernst. Die zahlreichen Einsprachen zu geplanten Antennen machen die Vorbehalte gegenüber der neuen Technologie deutlich. Die gesundheitlichen Risiken der Mobilfunkantennen sind noch nicht bekannt und wecken Ängste. Im Vorfeld zu dieser Debatte habe ich zahlreiche Pro- und Kontra-5G Webseiten studiert. Was davon ist glaubhaft? Es braucht eine Studie, welche die Auswirkungen auf die Gesundheit ernsthaft unter die Lupe nimmt. Ein Antennenreglement soll der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich zu wehren wenn es in der Umgebung zu einem Bau oder einer Umnutzung von Antennen kommt. Im Fall eines Neubaus einer Antenne wird ein Baugesuch publiziert und eine Einsprache ist möglich. Wird aber eine bestehende

Antenne technologisch auf 5G umgerüstet, ist eine Einsprache nicht möglich weil es sich um eine Bagatelländerung handelt. Zu solchen Bagatelländerungen ist es in Biel bereits gekommen. Die Bevölkerung hat jedoch ein Recht darauf, zu wissen wo diese Antennen stehen. Vermutlich braucht es dafür die kantonale Politik. Im Kanton Luzern beispielsweise werden auch Umrüstungen an Mobilfunkanlagen mit neuen adaptiven Antennen nicht als Bagatelländerung eingestuft sondern unterstehen einem ordentlichen Baugesuchsverfahren unter Auflage von Kontrollmessungen.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: En adoptant cette motion comme postulat, nous donnons l'illusion que la Ville de Bienne pourrait faire quelque chose afin de protéger la population du rayonnement non-ionisant. Toutefois, la réponse du Conseil municipal mentionne que la protection du rayonnement non-ionisant se règle au niveau fédéral. On ne peut donc pas adopter cette motion sous forme de postulat car on donnerait une fausse information. La demande principale de cette motion n'est donc pas du ressort de la Ville de Bienne mais de la Confédération et il faut procéder à la radiation de cette motion. Je vous propose **de radier du rôle cette intervention**.

Wiher Max, GLP: Mein Bruder ist selber Politiker für die Grünen, Techniker und weiss viel über Strahlungen. Er sagt, 5G sei das Beste was die Strahlenbelastung anbelangt. Die Strahlen sind konzentriert gebündelt und streuen nicht weit. 5G wäre weniger schädlich als beispielsweise 4G. Angst vor 5G muss niemand mehr haben.

Fehr Erich, Stadtpräsident: In der laufenden Diskussion geht es ein Stück weit um einen Glaubenskrieg. Niemand verfügt über Fakten und genau das ist das Problem. Bundesrätin Leuthard hat von mir aus gesehen einen Fehler gemacht. Sie hat die Lizenzen für 5G versteigern lassen ohne vorab die Frage der möglichen gesundheitlichen Auswirkungen zu klären. Damit wird eine Verunsicherung geschaffen. Nachdem die Telekommunikationsunternehmen einen dreistelligen Millionenbetrag für die Lizenzen bezahlt haben, machen sie nun Druck. Aufgrund dieses Vorgehens wird 5G verteufelt. Bei den adaptiven Antennen könnte 5G tatsächlich die Strahlung senken und gleichzeitig die gestiegenen Bedürfnisse zur Digitalisierung unterstützen. Die gestiegene Datenübertragungskapazität fordert entweder eine höhere Strahlung auf den bestehenden Antennen oder mehr Antennen mit einer tieferen Strahlung. Der Gemeinderat bedauert das ungeeignete Vorgehen des Bundesrats und die damit geschaffene grosse Verunsicherung ausserordentlich. Kommunale und lokale Antworten darauf sind jedoch sehr schwierig. Baubewilligungsverfahren stellen nur eine Krücke dar. Gegenstand in Baubewilligungsverfahren sind die Abmessungen der Antennen, was damit gesendet wird, ist davon nicht betroffen. Das Kaskadenmodell mit abgestuften Prioritäten der verschiedenen Nutzungszonen wäre in Biel noch am besten geeignet. Der Gemeinderat wird dieses Modell vertieft untersuchen. Ich hoffe aber auch, dass der Bund parallel dazu endlich seine Hausaufgaben erledigt und bald mehr Sicherheit über die Auswirkungen von 5G gewonnen wird. Ich rate davon ab, die baurechtliche Grundordnung zu ändern. Für jede Parzelle müsste ein möglicher Standort für eine Antenne festgelegt werden und jeder Betroffene hätte Einsprachemöglichkeit. Ein solches Verfahren würde Jahre dauern und die Stadtverwaltung ausserordentlich belasten. Innert nützlicher Frist wäre damit keine Lösung geschaffen. Das Bundesrecht sieht eine gesundheitsverträgliche Prüfung der Antennen nicht vor. Dieses Argument wäre rechtlich nicht durchsetzbar.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je peux comprendre l'argument institutionnel de Monsieur Suter, car il est vrai que ce domaine est de la compétence de la Confédération. Il s'agit du même argument que l'on nous a ressorti au Grand Conseil lorsque l'on a dû se prononcer sur un possible moratoire sur la 5G. Toutefois, on ne peut pas négliger le fait qu'une partie importante de la population, pour des raisons valables, se pose des questions sur la pertinence de la 5G et sur ses éventuels dangers ou méfaits. Je trouve légitime dans un système politique tel que le nôtre que des communes ou des cantons manifestent certaines inquiétudes. C'est la raison pour laquelle, je vous invite à accepter ce postulat et à ne surtout pas le radier du rôle. La 5G, c'est une affaire importante et il semble légitime que nous, biennois et biennoises, disons oui mais pas à n'importe quel prix.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Suter, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

164. Überparteiliche Motion 20190375, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Briechle Dennis, GLP, Widmer Patrick, SVP, Tanner Anna, SP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Rebetez Maurice, PSR, Bord Pascal, PRR, «Deklaration der Beteiligungen und Vertretungen der Stadt»

(Text der dringlichen überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 22)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Das vom Gemeinderat in seiner Beantwortung erwähnte Verzeichnis wird von der Stadtkanzlei im Auftrag des Gemeinderates geführt. Es listet alle vom Gemeinderat bestimmten Vertretungen der Stadt Biel in Kommissionen, Institutionen und Unternehmen auf und ist in der Tat auf dem Internet einsehbar. Es gibt einen Überblick über die Vertretungen und Beteiligungen der Stadt, aber keine weiteren Informationen. Dies mag für die Öffentlichkeit genügen, nicht aber GPK und Stadtrat. Um sich ein Bild vom Sinn und Zweck der Bieler Vertretung zu machen, sind die Informationen nicht ausführlich genug, denn die Bezeichnungen der Gremien sind nicht immer selbsterklärend. Es geht mir nicht darum, die Vertretungen als solche in Frage zu stellen. Ich stelle nur fest, dass wir zu wenig darüber wissen. Eine Steuerung der Vertretungen erfolgt gemäss gemeinderätlichem Bericht über die Direktionen. Aktuell sind übrigens einige Vakanzen zu verzeichnen. Heute las ich in den Medien, dass einige Vertretungen in der Kulturkommission besetzt wurden. Eine von der Motion geforderte Gesamtsteuerung und -diskussion findet aber nicht statt und die GPK kann ihre Aufsichtsfunktion nicht wahrnehmen. Die interne Finanzkontrolle erhält eine Meldung der Direktionen. Die Gelder, welche den Freibetrag gemäss Art. 48a Personalreglement (SGR 1.5.3-1) bzw. Art. 12 Gemeinderatsreglement (SGR

1.5.2-1) von CHF 5'000.- pro Jahr übersteigen, werden als Einnahmen in der Jahresrechnung ausgewiesen. Bei den Einnahmen bestätigt der Gemeinderat, dass eine Rechtslücke besteht und verspricht, diese bei der nächsten Revision der Personalverordnung (SGR 1.5.3-1.1) zu regeln. Diese wurde jedoch gerade erst erneuert. Eine weitere Revision kann also dauern. Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erfüllt abzuschreiben. Liebe KollegInnen, wollen wir uns mit halben Sachen zufrieden geben? Die Information ist lückenhaft, unvollständig und teilweise überhaupt nicht vorhanden. Die Anliegen der Motion sind nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Das Kernanliegen der strategischen, politischen Steuerung und die Aufsicht sind gar nicht erfüllt. An der Motion muss deshalb festgehalten werden. Eine Umwandlung in ein Postulat sowie die Abschreibung kann ich nicht akzeptieren. GPK und Stadtrat müssen ihre Aufgabe wahrnehmen können. Die Umsetzung der Forderungen der vorliegenden Motion sorgt dafür. Der Gemeinderat muss seine Hausaufgaben machen, die Forderungen der Motion umsetzen und diesen nachleben. Es braucht mehr als eine Liste in der Stadtkanzlei und im Internet und eine Regelung in der Personalverordnung. Der Stadtrat steht gegenüber der Bevölkerung in der Verantwortung. Deshalb braucht es Transparenz über die Aufgaben, die Wirkung und die Entschädigungen der Vertretungen und Beteiligungen. Nur so kann eine politische und inhaltliche Diskussion stattfinden. Das nennt sich Demokratie. Ich beantrage daher, **den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.**

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich mache Ihnen beliebt, dem Gemeinderat zu folgen. Eine Liste der Vertretungen existiert bereits. Der Gemeinderat ist bereit, diese mit den jeweiligen Entschädigungen zu ergänzen. Frau Tennenbaum fordert jedoch ein ausgebautes Beteiligungscontrolling. Dies ist mit einem zusätzlichen Aufwand von einer 50%-Stelle verbunden. Schliesslich muss auch die GPK und der Stadtrat über die notwendigen zeitlichen und personellen Ressourcen zur Kontrolle verfügen. Für eine Stadt wie Biel und die aufgelisteten Institutionen ist dieser Aufwand unverhältnismässig. Über jede Stiftung detailliert zu Dauer, Zweck und Wirkung zu rapportieren ist übertrieben. Bei den grossen Beteiligungen wird über Wirkung und finanziellen Aufwand informiert. Dem Stadtrat wird jeweils der Geschäftsbericht des Energie Service Biel/Bienne, der Verkehrsbetriebe, der CTS SA und der Parking AG vorgelegt. Darin ist jeweils eine Übersicht der Beteiligungen aufgeführt. Jetzt soll ein zusätzliches ausgebautes Register geschaffen werden. Gleichzeitig spricht der Stadtrat immer wieder über den sinnvollen Einsatz der finanziellen Mittel. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Prioritäten bei der Bildung und im Sozialbereich gesetzt werden sollten und weniger bei den Kontrollen. Die Ablieferung der finanziellen Entschädigungen ist geregelt. Aus Sicht des Gemeinderats sind damit die erforderlichen Massnahmen ergriffen, welche den Bedürfnissen, der Situation und der Grösse der Stadt Biel entsprechen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Herr Stadtpräsident, ich habe kein Controlling gefordert. Die GPK muss jederzeit in ihrer Funktion als Aufsichtskommission Einblick in das Register nehmen können. Jedes zweite Jahr sollte der Gemeinderat die Liste überprüfen und entscheiden, wo eine Vertretung oder Beteiligung sinnvoll ist. Der Zweck der Gremien muss deshalb klar ersichtlich sein. Dafür ist keineswegs eine 50%-Stelle notwendig.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Gemäss Art. 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 1.5.1-1) wird nur über die Aufrechterhaltung des Vorstosses als Motion abgestimmt.

Bohnenblust Peter, FDP: Die Forderung der Motion stösst auf Verständnis, ist jedoch unverhältnismässig. Die Stadtverwaltung hat andere Aufgaben zu erfüllen. Die GPK hat jederzeit Einsicht in die Unterlagen. Ich weiss, ich selber bin ein Kontrollfreak und falle deswegen in der Stadtverwaltung oft unangenehm auf. Hier ist es aber angebracht, die Stadtverwaltung zu entlasten. Wenn schon keine Umwandlung in ein Postulat, empfehle ich, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich schliesse mich Herrn Bohnenblust an und empfehle Ihnen die Motion nicht erheblich zu erklären. Was spricht für ein Postulat? Die Forderungen der Motionärin waren in beiden Wortmeldungen vorhin nicht ganz deckungsgleich, was eher für ein Postulat spricht. Damit könnte diskutiert werden, in welcher Form ein Mehrwert geschaffen werden könnte. Die GPK kann jederzeit Einsicht in das Verzeichnis nehmen. Im Gemeinderat tauchen die Beteiligungen zwar nicht alle zwei, aber alle vier Jahre auf. Spätestens beim Legislaturwechsel stehen die Wiederwahlen oder Neuwahlen in die Gremien an. Frau Tennenbaum, ich empfehle Ihnen die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat. Bei einem Festhalten an der Motion muss ich Ihnen im Namen des Gemeinderats die Ablehnung empfehlen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Bereits bei der Beratung zum vorangehenden Geschäft wurde heute Abend Transparenz gefordert. Jetzt stehen aber Aufwand und Kosten im Vordergrund. Ich denke nicht, dass der Aufwand für ein ausführliches Register so hoch ist, wie vom Gemeinderat dargestellt. Es geht eigentlich um Transparenz.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tennenbaum, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

165. Überparteiliche Motion 20190377, Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Scheuss Urs, Fraktion Grüne, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!, «Umsetzung Verkehrsschulungsanlage»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 23)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Ich wiederhole jetzt nicht die ganze Geschichte zur Verkehrsschulungsanlage und deren Wichtigkeit für die Sicherheit im Veloverkehr. Mich freut, dass der Gemeinderat immerhin einen kleinen Schritt macht. Er will

herausfinden, ob die Bevölkerung eine solche Anlage überhaupt nutzen würde. Mich interessiert, wie er die Evaluation vornehmen will. Ausserdem sieht er vor, mit Interessenvertretern und Kantonspolizei über ein allfälliges Betriebskonzept zu verhandeln. Die Urhebenden verweisen im Motionstext auf das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1). In seiner Antwort geht der Gemeinderat überhaupt nicht darauf ein, beispielsweise wie er die Massnahmen zur Förderung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden umsetzen will (Art. 4, SGR 7.6-1). Von einer freiwilligen Aufgabe zu sprechen, ist nicht angebracht. Trotz allem stimme ich dem Antrag des Gemeinderats zu.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich erstelle eine Rednerliste und bitte Sie, sich jetzt zu melden.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Mir ist ebenfalls aufgefallen, dass der Gemeinderat in seiner Beantwortung nicht auf das in der Motion erwähnte Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs eingegangen ist. Die zuständige Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) und auch die Finanzdirektion (FID), welche für die Parkierung zuständig ist, zeigen keinerlei Sensibilität gegenüber verkehrspolitischen Fragen. Diese sind unter Berücksichtigung der Gesamtmobilitätsstrategie zu behandeln.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Lors de notre séance de groupe, nous avons pu constater qu'au sein même de notre groupe nous étions partagés sur ce sujet. Je faisais partie de la proportion des personnes en faveur de ce jardin de circulation. Il n'est pas nécessaire d'investir beaucoup d'argent pour la réalisation de ce jardin qui n'occupera pas une très grande surface au sol. L'éducation routière est très importante pour les jeunes surtout car de moins en moins de parents prennent le temps pour cela. C'est une des raisons pour lesquelles on retrouve ces jeunes et moins jeunes cyclistes sur le trottoir par peur de la circulation et par méconnaissance des règles. Une grande proportion des jeunes issus de l'immigration ne sait même pas faire du vélo. J'estime personnellement qu'un enfant issu ou non de l'immigration doit avoir les mêmes chances. Je ne peux que soutenir cette démarche car je parle en connaissance de cause. Il est vrai qu'il existe déjà le jardin démontable situé à la Tissot Arena, mais il coûte très cher à la location. De plus, il n'est pas accessible au public en dehors des cours officiels dispensés par mes collègues de la prévention de la Police cantonale car il doit être démonté. Le «TEXAS», pourquoi ne pas utiliser ce terrain déjà sécurisé afin d'y implanter le jardin de circulation? Pour ma part, je ne souhaite pas suivre la proposition du Conseil municipal et donc ne pas transformer la motion.

Steinmann Alfred, SP: Die Verkehrsschulungsanlage ist wichtig für die SchülerInnen. Viele Kinder sind unsicher auf dem Velo. Die Kantonspolizei leistet hier sehr gute Arbeit. Leider soll die Verkehrsschulung reduziert werden. Eine jederzeit verfügbare Anlage ist notwendig und wäre für die Bevölkerung ein grosser Gewinn. Ich hoffe, dass das vorliegende Postulat seriös geprüft und eine Lösung gefunden wird.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Im September 2020 ist eine Besprechung mit der Kantonspolizei geplant. Dabei soll das Bedürfnis der Bevölkerung eruiert und mögliche Verkehrsschulungen geplant werden. Vorgesehen ist, das

bestehende Angebot zeitlich weiter auszudehnen und die Bevölkerung darüber zu informieren.

Herr Scheuss hat den Blickwinkel der zuständigen Direktion auf die Thematik angesprochen. Es gibt immer verschiedene Blickwinkel. Der Gemeinderat hat in seiner Beantwortung den Schwerpunkt auf die Sicherheit gelegt daher die Zuweisung an die DSS. Die Schulung der Kinder dient vor allem zur Förderung der Sicherheit.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Verkehrsschulungsanlage betrifft eigentlich mehrere Direktionen und dabei muss directionsübergreifend zusammengearbeitet werden. Betroffen sind Sicherheit, Verkehr und Schulkinder, das heisst mindestens drei Direktionen ausserdem wohl noch die Baudirektion. Ich lege dem Gemeinderat nahe, bei der Umsetzung des vorliegenden Postulats zusammenzuarbeiten.

Der Antrag des Gemeinderates wird vom Stadtrat nicht bestritten.

166. Motion 20190378, Bigler Jarno, Fraktion SP/JUSO, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 24)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Bigler Jarno, Fraktion SP/JUSO: Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass die Stadtverwaltung kein Integrationskonzept hat. Trotzdem ist die Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Integration auf verschiedenen Ebenen aktiv. Um die Aktivitäten einheitlich und zentral zu organisieren und strukturieren, begrüsst der Gemeinderat ein Integrationskonzept. Ich hoffe, dass die Aktivitäten nicht nur strukturiert sondern auch ausgebaut werden. Die Fraktion SP/JUSO ist zuversichtlich, dass sich das Integrationskonzept gegen die verschiedenen Diskriminierungsformen, wie Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Alter, Behinderung und Sprache richtet. Wir bitten den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen. Biel definiert sich als Hauptstadt der Vielfalt. Diese wird gelebt und das macht mich glücklich. Das Parlament könnte jedoch vielfältiger werden. Wenn die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin es schafft vielfältiger zu werden, ist dies ein grosser Gewinn.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

167. Motion 20190426, Miro Meyer, Levin Koller, JUSO, «Den Standort des Chessus mit einem Reglement langfristig sichern»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 25)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erfüllt abzuschreiben.

Koller Levin, JUSO: Mir liegt die Effizienz der laufenden Sitzung, ich werde mich deshalb kurz halten. Mit dem Bau eines Hotels hinter der Coupole ist der Geist und Spirit des Chessu bedroht. Der gesunde Menschenverstand erkennt Probleme, wenn neben einem lauten Ausgehlokal Schlafzimmer gebaut werden. Ich zweifle erheblich daran, dass die Koexistenz funktionieren wird. Wir müssen uns deshalb auf das schlechteste Szenario vorbereiten. Ein wichtiges Signal ist, dass sich der Gemeinderat im Fall eines Konflikts klar auf die Seite des Chessu stellt. Umso enttäuschender ist die Beantwortung des Gemeinderats auf die vorliegende Motion. Wenn der Gemeinderat hinter dem Chessu steht, was spricht dann dagegen, den Standort des AJZ mit einem Reglement abzusichern? Ist es dem Gemeinderat ernst mit dem Chessustandort, hat er nichts zu verlieren. Ich vertraue der Aussage des Gemeinderats zwar grundsätzlich, seine Zusammensetzung kann aber jederzeit ändern. Die heutige Aussage des Gemeinderats kann in fünf Jahren, wenn ein Konflikt aufkommen sollte, absolut wertlos sein. Die einzige Möglichkeit um den Gemeinderat an sein Versprechen zu binden, ist dafür zu sorgen, dass der Standort des Chessu in der Rechtssetzung klar und deutlich festgeschrieben wird. Der Gemeinderat argumentiert, dass der Standort der Coupole in der baurechtlichen Grundordnung ausreichend geschützt wird. Darin ist die Parzelle des Chessu jedoch lediglich für die öffentliche Nutzung zu kulturellem Zweck vorgesehen. Die Nutzung des Chessu bis spät in die Nacht wird damit nicht abgesichert. Mit der aktuellen Grundordnung könnte dort auch ein anderes Kulturlokal ohne Lärmemission in der Nacht entstehen. Das wäre das Ende der Coupole wie wir sie heute kennen. Die Urhebenden halten an der Motion fest und wollen, dass sie erheblich erklärt wird um den Standort der Coupole langfristig zu sichern. Der Chessu ist im Hinblick auf den Hotelbau nicht ausreichend geschützt. Wir wollen mit dem Chessu nicht russisches Roulette spielen. Generationen von Jugendlichen sind mit dem Chessu gross geworden und wir wollen, dass dies so bleibt. Ausserdem sind wir der Meinung, dass den Jugendlichen der Platz im Stadtzentrum nicht weggenommen werden darf. Im Interesse der Jugendlichen, der Kulturschaffenden und der gesamten Bieler Bevölkerung beantrage ich, **den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.**

Wiher Max, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP steht selbstverständlich für den Standort des Gaskessels da wo er jetzt ist ein. Der Gemeinderat hat das auch so bestätigt. Auch wenn der Gemeinderat in fünf Jahren anders zusammengesetzt ist, wollen wir den Gaskessel immer noch am selben Ort sehen. Er leistet für das Bieler Kulturleben einen äusserst wichtigen Beitrag. Zahlreiche, in der ganzen Schweiz in diesem Bereich Aktive haben ihre Tätigkeit im Bieler Gaskessel begonnen. Ein Reglement wäre das richtige Mittel. Auch wenn der Gemeinderat ausgewechselt wird, würde es den Standort garantieren. Aus diesem Grund wird die Fraktion GLP den Vorstoss als Motion erheblich erklären.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP vertraut den Aussagen des linken Gemeinderats. Ein Reglement wäre das falsche Mittel. Wir finden, dass der in der Beantwortung aufgezeichnete Weg richtig ist. Die Fraktion FDP ist damit keineswegs gegen den Chessu. Wir werden diesen auch weiterhin unterstützen. Mit solchen Forderungen wird jedoch nicht Goodwill geschaffen.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass kaum eine Institution die DNA der Stadt Biel so gut verkörpert wie der Chessu. Er ist multikulturell, solidarisch, tolerant, visionär und geniesst Narrenfreiheit. Im Chessu werden Menschen kreativ, scheitern und schaffen neue Perspektiven. Der Chessu muss nicht, er darf, kann und soll. Es erstaunt nicht, dass der Chessu mit jährlich 70'000 Gästen das meistbesuchte Kulturzentrum der Region ist. Selbst die UNESCO hat die herausragende kulturelle Bedeutung des AJZ anerkannt. 2017 wurde der Chessu in die schweizerische Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO aufgenommen. Herr Koller hat bereits ausgeführt, weshalb dieses Kulturerbe bedroht ist. Bleibt anzufügen, dass der Chessu durch seinen Umbau noch zusätzlich bedroht ist. Sollte es in der Zukunft zu Konflikten kommen, ist festzuhalten, dass der Chessu zuerst da war und sich niemals verändern soll. Aus unserer Sicht ist aufgrund der einzigartigen Bedeutung und durch die Bedrohung von Umbau und Hotelbau eine Sicherung des Chessu mittels Reglement zwingend. Beispielsweise wurde im Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW; SGR 8.5-1) das Gurzelen-Gebiet für diesen Zweck reserviert. Genauso ist im geforderten neuen Reglement das Chessu-Areal für das AJZ zu reservieren. Die Fraktion SP/JUSO möchte das älteste autonome Jugendzentrum der Schweiz unterstützen und wird deshalb den Vorstoss als Motion erheblich erklären.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Nous sommes sensibles aux arguments développés demandant le maintien de la motion. En effet, il s'agit de garantir cette volonté de maintenir la Coupole en tant que bâtiment accueillant le Centre autonome de jeunesse Bienne (CAJ). La Coupole et le CAJ vont de pair. Les garanties actuelles doivent figurer clairement au sein d'un règlement et doivent servir de base afin de permettre, par exemple, la résolution de conflits. Du moment qu'un hôtel sera construit dans le voisinage, il y a lieu de jouer cartes sur table afin de maintenir une cohabitation qui pourrait s'avérer moins évidente qu'initialement prévue. Il est important que le CAJ puisse continuer de proposer ses activités à la Coupole en ayant toutes les garanties nécessaires. La volonté politique actuelle va dans ce sens, mais qui nous certifie qu'elle sera identique dans quelques années ou mois? Ceci en prenant compte que la situation peut évoluer rapidement selon les intérêts des différentes parties. Il est donc nécessaire d'informer les différents partenaires, notamment du côté des promoteurs du futur hôtel, des conditions objectives et de les faire figurer dans un règlement. Le Groupe PSR vous recommande le maintien de cette motion.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: J'ai l'impression de me trouver dans un débat sur le droit d'exister ou non de la Coupole. La question ne se pose pas du tout. La Coupole est un symbole et même un patrimoine de la matière construite en Ville de Bienne. Le site de la Coupole, dans la situation actuelle, est garanti par un règlement. Il s'agit d'un plan de quartier qui a valeur de règlement. Le fonctionnement de la Coupole n'est non plus mis en cause. Nous avons appris que les maîtres d'ouvrage du futur hôtel, mais aussi de la Coupole ont demandé lors des procédures de demandes de permis de construire que les droits de chacun soient respectés. Je pars du principe que cette question est donc réglée dans le permis de construire étant donné que les deux parties ont trouvé un terrain d'accord et ont retiré leurs oppositions réciproques. De plus, la Ville de Bienne a un Règlement de police qui gère les problèmes de nuisances. Aucun nouveau règlement ne pourra changer cela. Le site de La Coupole est donc garanti et son fonctionnement aussi. Vive la Coupole, qu'elle continue à vivre! Vive aussi l'évolution du Centre-Ville de Bienne! C'est un appel à la raison, n'ajoutons

pas un règlement inutile. Je vous remercie de suivre la proposition du Conseil municipal en acceptant la radiation du rôle de cet objet.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Urhebenden halten an der Motion fest. Gemäss Art. 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates (GO SR; SGR 1.5.1-1) wird nur über die Erheblicherklärung oder Abschreibung der Motion abgestimmt.

Augsburger-Brom Dana, SP: Mit der Aussage des Gemeinderats, dass ein Reglement unnötig und der Standort gesichert sei, bin ich nicht einverstanden. Natürlich ist das heute so. Die Bedrohung des jetzigen Standorts hat jedoch bereits begonnen. Der Eingang des Hotels ist neu gleich beim Chessu vorgesehen, ursprünglich war er an einem anderen Ort geplant. Die Bedrohung hat mit einem ersten kleinen Schritt angefangen. Es ist bereits fünf vor zwölf um Massnahmen zur Sicherung des Standorts der Coupole zu ergreifen.

Heiniger Peter, PdA: Die Festlegung der Zone für die Zweckbestimmung der Kultur zur öffentlichen Nutzung ist sehr offen gehalten und mir zuwenig spezifisch. Der heutige Standort des Chessu ist damit nicht garantiert. Der Gemeinderat hält an der Koexistenz fest. Ein Hotel direkt neben der Coupole finde ich nicht sinnvoll, deshalb ist ein Reglement zu Standortsicherung der Coupole notwendig. Die Äusserung des Gemeinderats in seiner Antwort: *«Hält der Chessu alle baurechtlichen Vorgaben respektive die Auflagen der Baubewilligung ein, haben allfällige Lärmklagen aus dem Umfeld keine Konsequenzen auf den Betrieb des Chessu.»* ist für mich eine Drohgebärde. Damit hängt bereits das Damoklesschwert über dem Chessu. Zur Sicherung des Betriebs im Chessu muss jetzt etwas unternommen werden.

Wächter Olivier, UDC: J'ai toujours dit que la Coupole à Bienne est comparable à la Tour Eiffel à Paris. Il s'agit d'une chose immuable. Je rejoins totalement les propos de Monsieur Suter. Je vais donc suivre l'avis du Conseil municipal et demander la radiation du rôle de cet objet. Si d'aventure par le futur, la Coupole ne serait plus aussi bien protégée, il y a toujours des moyens d'agir au niveau politique.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Was schlägt der Gemeinderat anstelle eines Reglements vor um den Betrieb der Coupole hundertprozentig abzusichern?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Frau Tennenbaum hat soeben etwas wichtiges erwähnt. Der Stadtrat will, dass der Chessu, egal was auf der Welt passiert, immer abgesichert ist. Eine solche Lösung gibt es nicht. Eine Verschiebung der politischen Mehrheit kann jederzeit alle Reglemente ändern. Heute wird der Chessu von allen politischen Lagern unterstützt. Eine hundertprozentige Garantie für die Zukunft ist nicht möglich. Der Gemeinderat betont, dass die maximale Absicherung heute erreicht ist. Mit der Dienstbarkeit zulasten der Eigentümerschaft wurde erreicht, dass nördlich des Chessu kein Wohnungsbau möglich ist. Die Bestimmung in der baurechtliche Grundordnung ist nach heutigem Stand ausgeschöpft. Der Chessu war noch nie so gut wie heute rechtlich abgesichert. Die Quartierentwicklung wurde stets unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Chessu vorgenommen. Ich bin nicht sicher, ob ein Reglement mit der Bestimmung, dass der Chessu für immer und ewig an seinem heutigen Standort bleibt, zulässig ist. Der Gemeinderat hat diese Frage nicht näher geprüft weil er die Meinung vertritt, dass ein Reglement unnötig ist. Für den Chessu ist absolut keine Bedrohung in Sicht. Sämtliche politischen Parteien sind sich einig und unterstützen den Chessu und damit herrscht ein paradiesischer Zustand.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Zuerst komme ich zum Argument, dass der Chessu langfristig gesichert sei. Dieser Aussage widerspreche ich vehement. Im Baureglement (SGR 7.2.1-1) ist der Chessu zwar für die kulturelle Nutzung vorgesehen, wie schon erwähnt könnte jedoch eine anderweitige kulturelle, nicht so lärmintensive Nutzung vorgesehen werden. Der Chessu wie wir ihn heute kennen wäre damit schnell weg. Der Stadtpräsident sagte vorhin, dass die Forderung der Motion rechtlich eventuell gar nicht umsetzbar ist. Das stimmt so nicht. Das Grundstück der Coupole gehört der Stadt Biel und diese kann darüber frei verfügen. Schliesslich wird die Nutzung anderer Areale im RFGW definiert. In Art. 4 Abs. 3 steht: *«Im Gebiet "Gurzelen" gibt die Stadt die in ihrem Eigentum stehenden Grundstücke Nr. 3826, 3898, 7978 und 8126, gemessen an der Bruttogeschossfläche, mindestens zur Hälfte im Baurecht oder, in begründeten Fällen, zu Eigentum an gemeinnützige Wohnbauträger ab.»* Wieso wäre eine ähnliche Vorgabe der Nutzung im Falle der Coupole nicht auch möglich? Beispielsweise mit der Formulierung, dass die Stadt Biel das in ihrem Eigentum stehende Grundstück dem AJZ zur dauerhaften Nutzung überlässt. Ich bin kein Jurist aber es erscheint mir nicht logisch, das was im einen Reglement möglich ist in einem anderen nicht gehen sollte. Ein Jurist hat mir bestätigt, dass eine solche Formulierung in einem Reglement für das AJZ möglich wäre. Die Motion wäre also rechtlich umsetzbar. Die Drohung des Stadtpräsidenten entbehrt jeglicher Grundlage. Von den Argumenten bleibt nicht viel mehr übrig als Ausreden. Der fehlende politische Wille, den Standort des Chessu langfristig zu sichern, offenbart sich. Der Chessu ist viel schwieriger wegzubekommen wenn er durch ein Reglement gesichert ist. Wenn das Reglement dem fakultativen Referendum unterstellt wird, würde die Möglichkeit einer Volksabstimmung bestehen. Es geht heute nicht um rechtliche Details sondern um die politische Frage, ob der Stadtrat der Bieler Jugend das langfristige Bleiberecht garantieren will. Ich bitte Sie, für die Bieler Jugend und für den Chessu zu stimmen.

Arnold Marc, SP: Die Äusserungen des Stadtpräsidenten sind gar nicht so falsch. Ein Reglement kann immer geändert werden. Eine andere Möglichkeit wäre die Gründung einer Stiftung für das AJZ. Das Grundstück könnte der Stiftung geschenkt werden und der Stiftungszweck als AJZ definiert werden. Eine Entfernung des AJZ vom heutigen Standort wäre damit viel schwieriger.

Wiher Max, GLP: Der Stadtpräsident hat uns vorhin versichert, dass das AJZ die einhellige Unterstützung aller politischen Parteien geniesst. Finde ich toll aber das ist gar nicht das Problem. Die heutige Situation ist so gut weil das Hotel noch nicht steht. Herr Stadtpräsident, mit dem Bau des Hotels erhält die Situation viel Konfliktpotential. Diese Entwicklung gilt es heute mit einem Reglement abzusichern. Geben wir doch heute die Zusicherung zum AJZ auf Papier ab.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich bedaure, dass die Diskussion emotional und mit falschen Argumenten geführt wird. Es geht heute nicht um ein Ja oder Nein zur Coupole. Dies zu suggerieren ist schlechte Politik und falsch. Mit einem solchen Parlament ist es nicht einfach, Stadtpräsident zu sein. Eine rechtliche Fragestellung wird als Drohung ausgelegt, was soll das? Der Stadtpräsident stellt die Forderung lediglich in Frage. Er hat ausserdem darauf hingewiesen, dass die Situation heute bereits besser ist. Den Vorstoss nicht in ein Postulat umzuwandeln, finde ich schade. Ich bitte Sie, dem, notabene linken Gemeinderat zu folgen.

Meyer Miro, JUSO: Es geht eben heute trotzdem um ein Ja oder Nein zur Coupole. Herr Wiher hat bereits erklärt, dass sie heute nicht bedroht ist jedoch schon sehr bald, wenn das Hotel gebaut ist und Lärmklagen eingehen. Herr Bohnenblust, ich bin nicht sicher, ob Ihre Partei dann immer noch zur Coupole stehen wird.

Suter Daniel, PRR: La Coupole est en place et y restera. Personne ne sait ce que deviendra la Coupole dans un avenir lointain. Je pars de l'idée qu'elle restera ce qu'elle est. Il vous est possible de promulguer tous les règlements que vous souhaitez, si quelqu'un veut porter plainte ou agir contre la Coupole aucun de ces règlements ne l'en empêchera. De grâce, ne vous engagez pas dans ce processus et suivez le Conseil municipal car tout va bien, la Coupole est protégée.

Augsburger-Brom Dana, SP: Wie sich die Zukunft entwickelt weiss niemand, auch wenn gewisse Leute wie Wahrsager Prognosen abgeben. Der Standort des Chessu soll abgesichert werden. Ich werde die Forderung nach einem Reglement unterstützen.

Ordnungsantrag

Grupp Christoph, Grüne: Ich beantrage die sofortige Abstimmung zum vorliegenden Vorstoss. Ich bedaure, dass die Stimmung trotz dem einhelligen Bekenntnis zur Coupole nun vergiftet ist. Die Meinungen sind gemacht, stimmen wir deshalb jetzt ab und gehen nach Hause!

Der Ordnungsantrag wird angenommen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Unterschied zwischen der Gurzelen und der Coupole hier ist, dass dort ein neuer Zustand herbeigeführt und hier ein bestehender fixiert werden soll.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Koller, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: An der nächsten Stadtratssitzung wird die Pause wieder eine Stunde betragen. Ich habe bereits angekündigt, dass ich die zu behandelnden Vorstösse thematisch gruppieren werde. Kommen Sie gut nach Hause und schlafen Sie gut.

168. Neueingänge

20200285	Dringliches Postulat, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR Wie spät ist es?	PRA
	Postulat urgent, Vlaiculescu-Graf Christiane, Groupe PSR Vous avez dit quelle heure?	MAI
20200286	Postulat, Roth Myriam, Fraktion Grüne Ein diskriminierungsfreier öffentlicher Grund ohne Belästigungen auf der Strasse	DSS
	Postulat , Roth Myriam, Groupe Les Verts Un espace public non-discriminant qui lutte contre le harcèlement de rue	ASS
20200287	Dringliches Postulat, Hamdaoui Mohamed, CVP Mangel an (französischsprachigen) Fachärzten: der Gemeinderat muss einschreiten!	PRA
	Postulat urgent, Hamdaoui Mohamed, PDC Pénurie de médecins spécialisés (francophones): le Municipal doit intervenir!	MAI
20200288	Dringliches Postulat, Rebetez Maurice, Fraktion PSR Terrassen und E-Trottinette... Kohabitation oder Kollision?	DSS
	Postulat urgent, Rebetez Maurice, Groupe PSR Terrasses et trottinettes électriques ... cohabitation ou collision?	ASS
20200289	Dringliche Interpellation, Wächter Olivier, SVP Provisorischer Durchgangplatz für Schweizer Fahrende in Biel	DSS
	Interpellation urgente, Wächter Olivier, UDC Aire de transit provisoire à Bienne pour les gens du voyage suisses	ASS
20200290	Postulat, Briechle Dennis, GLP Für eine liberalere Nutzung des öffentlichen Grundes	DSS
	Postulat , Briechle Dennis, PVL Pour une utilisation plus libérale du domaine public	ASS

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:50 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard,

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane